



Theorie und Grundwerte

Ein Diskussionspapier
der Kommission Grundwerte
beim SPD-Parteivorstand.
Februar 1982

Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens



„Wir müssen also einen qualitativ erweiterten Begriff von politischem Handeln, einen umfassenderen Begriff von alternativem Leben und Arbeiten im sozialdemokratischen Denken zur Geltung bringen, der weit über die Bestrebungen kleiner Gruppen, zumal der Aussteiger aus unserer Gesellschaft, hinausreicht, der im Gegenteil gerade die Millionen einschließt, die in dieser Gesellschaft Teilstrukturen gemeinsam mit anderen verändern wollen.“

„Es geht darum, die Beziehungen zwischen Mensch und Natur so darzustellen, wie sie sind, und nur in einer – ignorierenden – Weise können.“

664

„Die Arbeiterbewegung bleibt ihrem Ursprung treu, wenn sie die ökologische Kritik an gravierenden, dem westlichen und dem östlichen Wirtschaftssystem gemeinsamen Fehlentwicklungen ernst nimmt. Diese Kritik gibt uns Hinweise darauf, wie der Weg zu einer humaneren und ökologisch vernünftigen Wirtschaftsordnung und Technik gefunden werden kann.“

„Was in kleinen Einheiten, häufig auch in Selbstorganisation der Betroffenen, in nachbarschaftlicher Hilfe oder vom einzelnen selbst geleistet werden kann, das sollten staatliche Behörden und Wohlfahrtsverbände nicht an sich reißen, sondern es vielmehr unterstützen.“

„Die Arbeiterbewegung hat in ihrer Geschichte die Erfahrung gemacht, daß soziale Gerechtigkeit sich nicht als Nebenprodukt marktwirtschaftlicher Mechanismen ergibt. Deshalb steht die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die ‚Grenzen des Sozialstaates‘ fest zum Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes und widersetzt sich entschlossen allen Versuchen, gesamtgesellschaftlich organisierte Solidarität abzubauen.“

„Godesberger Programm und OR '85 bestimmen den Grundwert Gerechtigkeit als gleiche Freiheit. Damit wird die ursprüngliche Forderung der sozialistischen Arbeiterbewegung nach ‚Gleichheit in Freiheit‘ begründet und untermauert.“

Theorie und Grundwerte

Die Arbeiter- bewegung und der Wandel gesellschaft- lichen Bewußtseins und Verhaltens

**Ein Diskussionspapier der
Kommission Grundwerte
beim SPD-Parteivorstand.**

Februar 1982

**Mitglieder der Kommission Grundwerte
beim SPD-Vorstand**

Vorsitzender:

Dr. Erhard Eppler, MdL

Stellv. Vorsitzende:

Prof. Dr. Richard Löwenthal
Heinz Rapp, MdB

Mitglieder:

Prof. Dr. Günter Brakelmann
Prof. Dr. Horst Ehmke, MdB
Prof. Dr. Iring Fetscher
Anke Fuchs, MdB
Dr. Peter Glotz
Volker Jung
Klaus Matthiesen, MdL
Dr. Thomas Meyer
Dr. Susanne Miller
Prof. Dr. Gesine Schwan
Prof. Dr. Johano Strasser
Prof. Dr. Fritz Vilmar
Dr. Hans-Jochen Vogel, MdA



C83 664

Vorwort

Das vorliegende Papier hat die Grundwertekommission etwa zwei Jahre lang beschäftigt. Über einzelne Kapitel gab es mehrere Diskussionsrunden; um manche Formulierungen wurde immer neu gerungen. So ist ein gemeinsam getragenes und verantwortetes Papier entstanden. Allerdings haben nicht alle Mitglieder der Kommission in gleicher Weise mitarbeiten können. Horst Ehmke z. B. hat an dem Papier nicht, Jochen Vogel nach Übernahme seiner Berliner Aufgabe kaum mehr mitgearbeitet.

Verschiedene Alternativgruppen sehen in der SPD-Kultur den eigentlichen Gegner. Innerhalb der SPD können viele in den alternativen Versuchen nur eine Bedrohung der SPD erkennen.

Dieses Papier der Grundwertekommission stellt sich dem Tatbestand, daß gesellschaftliches Bewußtsein sich verändert. Dies gilt für die Wertvorstellungen wie für die Verhaltensweisen auf Grund veränderter Wertvorstellungen. Das Verhalten vieler Menschen zur Großtechnik, zu Großorganisationen, zu den Institutionen unseres Staates, aber auch zur Natur oder zum Mitmenschen wandelt sich. Planungen, die vor 15 Jahren allgemein begrüßt wurden, stoßen auf wachsenden Widerstand. Leistungen, die noch vor einem Jahrzehnt großen Respekt abnötigten, werden auf ihren Sinn befragt. Der Wille zur Selbsthilfe wächst in dem Maß, in dem das Vertrauen zu Institutionen schwindet.

Die Kommission Grundwerte ist der Frage nachgegangen, wo dieser Wandel der Wertvorstellungen altem sozialistischen Gedankengut entspricht, wo er sozialdemokratische Programmatik stützt, ergänzt oder weiterentwickelt, wo aber auch romantische Mißverständnisse vorliegen, vor denen Sozialdemokraten warnen müssen.

Die Grundwertekommission ist zu der Meinung gekommen, daß das Gespräch mit den Exponenten dieses Wandels eigenes Lernen voraussetzt. Sozialdemokraten, auch wenn sie selbst teilhatten am Prozeß des Wertwandels, können mit diesen Gruppen nicht als selbstsicher Wissende sprechen. Sie müssen sich kritische Fragen gefallen lassen, ehe sie selbst kritische Fragen stellen. Beides schlägt sich in diesem Papier nieder.

Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß die Diskussion über das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, Wachstum und Lebensqualität vor zehn Jahren (April 1972) auf der internationalen Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen eröffnet wurde. Sie ist seither innerhalb der Arbeiterbewegung nicht weniger ergiebig geführt worden als außerhalb. Das Papier der Grundwertekommission ist auch ein Versuch, diese Ansätze weiterzuführen und deutlich zu machen, wie es bei all dem um die Sache der Sozialdemokratie geht.

Niemand in der Grundwertekommission glaubt, es lasse sich alles, was seit 1972 aus der SPD ausgewandert oder neben ihr entstanden ist, bald wieder integrieren. Es gibt Kräfte, die wir nie integrieren können und auch nicht wollen. Andererseits ist auch klar, daß die linke Volkspartei das Gespräch mit allen suchen muß, die unsere Gesellschaft auf ihre Weise freier, gerechter und solidarischer machen wollen.

Dieses Papier ist daher ein Angebot, wir meinen ein faires Angebot, nach innen und nach außen. So wie sein Zustandekommen ein Stück Integration war, könnte auch seine Diskussion in der Partei der Integration dienen.

Erhard Eppler

2. Februar 1982

Grundimpulse der sozialistischen Arbeiterbewegung

Der Protest gegen Machtverhältnisse und Normen im bestehenden Staat und das Streben nach einer anderen, „alternativen“, Gesellschaft waren entscheidende Impulse der Arbeiterbewegung in ihrer Frühzeit. An vielen der Kriterien, Vorstellungen und Zielsetzungen, die sie aus diesen Impulsen heraus entwickelt hat, hielt sie auch späterhin fest.

Fortschritt im Sinne der Vernunft

Die sozialistische Bewegung entstand in der Tradition des Humanismus und der Aufklärung und bekennt sich dazu auch heute. Der Begriff des „Fortschritts“ hat – von früheren religiösen Quellen abgesehen – hier ebenfalls seinen Ursprung. Ansätze eines Fortschrittsdenkens in der Renaissance mündeten in das spezifisch „aufklärerische“ Konzept eines menschlichen Fortschritts, der aus Unwissenheit und Abhängigkeit zu Autonomie und sittlicher Vervollkommenung führen sollte.

Der Grundgedanke war, daß die Vernunft das eigentliche Wesen des Menschen ausmache und daher hierin ein allgemeingültiger Maßstab für Fortschritt enthalten sei. Die Erfahrung des Fortschritts in der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und Beherrschung der Welt stützte die Überzeugung, daß die Zukunft von vernunftgeleitetem Fortschritt bestimmt werde.

Die Anwendung wissenschaftlicher Verfahren auf lebenspraktische Tätigkeiten gehörte zum Kern aufklärerischen Gedankenguts. Die „Entfaltung der Produktivkräfte“ war eine Form der Anwendung der Vernunft auf menschliche Praxis und galt somit als selbstverständlicher Bestandteil des menschlichen und gesellschaftlichen Fortschrittprozesses. Sie sollte dazu beitragen, den Menschen vom Glauben zu befreien,

sein Schicksal werde durch überirdische Mächte gelenkt und sei in eine gottgewollte Gesellschaftsordnung unverrückbar eingebettet. Die Erkenntnis der Gesetze, die in der Ordnung der Natur und der Gesellschaft walten, ein Bewußtsein von der Fähigkeit des Menschen, diese Gesetze im Sinne menschlichen und sozialen Fortschritts zu handhaben, sollten den Menschen aus einem Objekt der Geschichte zum Gestalter des Geschichtsprozesses werden lassen. Bei der so erzielten ständigen Erweiterung des Herrschaftsbereichs des Menschen würde die Entfaltung der Produktivkräfte humanen und moralischen Fortschrittszielen untergeordnet werden.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Den politisch und geistig wichtigsten Anstoß erhielt die Arbeiterbewegung durch die Französische Revolution. Ihre Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ schrieb der 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein auf sein Banner und dokumentierte damit seine Erkenntnis dieses historischen Zusammenhangs. Ihre gestaltende Kraft und Breitenwirkung erreichte die Arbeiterbewegung jedoch dank der Tatsache, daß sie die Losung der Französischen Revolution so deutete und umsetzte, wie es der gefühlsmäßigen und geistigen Verfassung ebenso wie den praktischen Zielen des bewußtesten Teils des Proletariats entsprach. Worauf sich sein Wollen richtete, hat Karl Marx, noch ehe sich in Deutschland eine Arbeiterbewegung im modernen Sinne formiert hatte, unübertrefflich zum Ausdruck gebracht, als er es den „kategorischen Imperativ“ nannte, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie 1843/44)

Die „Verhältnisse“ waren bestimmt durch die kapitalistische Ordnung, in der „Freiheit“ erbarmungsloser Konkurrenzkampf und die fast unbegrenzten Möglichkeiten der Unternehmer zur Ausbeutung der von ihnen Abhängigen bedeutete, in der „Gleichheit“ in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nicht vorgesehen und politisch an Status und Besitz gebunden war, in der „Brüderlichkeit“ zwar als christliche Nächstenliebe gepredigt, aber bestenfalls als patriarchalische Fürsorge oder als Almosenspenden der Reichen gegenüber den Armen geübt wurde. Eine radikale Änderung dieser „Verhältnisse“ war nötig, um den verworfenen oder pervertierten Idealen Geltung verschaffen zu können. Diese Überzeugung lag der Programmatik der Arbeiterbewegung zugrunde und motivierte ihr praktisches Handeln.

Auf deutschem Boden sind die sozialdemokratischen Organisationen, bei denen eine Kontinuität bis heute besteht, aus Arbeitervereinen und Arbeiterbildungsvereinen hervorgegangen. Dieser Ursprung zeigt: Die deutsche Arbeiterbewegung erstrebte staatsbürgerliche Rechte und umfassende Bildung für alle, um jedem Menschen die Selbstentfaltung zu ermöglichen. Bildung zu erwerben hatte jedoch auch einen unmittelbar politischen Zweck, der in der Losung „Wissen ist Macht!“ zum Ausdruck kam. Bildung wurde also nicht nur als Selbstwert, sondern außerdem als Vorbedingung für politischen Einfluß angesehen.

Die Forderung der Freiheit wurde von der Arbeiterbewegung von Anfang an als Forderung nach der Demokratie des gleichen Wahlrechts für alle gedeutet, die als eine Grundvoraussetzung der Erringung sozialer Rechte für die besitzlosen Arbeiter erkannt wurde. Diese Anwendung des ersten Prinzips der Französischen Revolution war bereits grundlegend für die erste organisierte Arbeiterbewegung des

ersten Industrielandes – die englischen Chartisten. In Hinblick auf solche Bestrebungen und Bewegungen wurde im „Kommunistischen Manifest“ von 1848 die Notwendigkeit der „Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder“ betont.

Freiheit wurde von den zum Selbstbewußtsein erwachenden Arbeitern aber auch als Freiheit von Ausbeutung gesehen, was sich mit der Auslegung des Prinzips der Gleichheit als Überwindung der Klassenspaltung in Besitzende und Besitzlose deckte. Über den Weg dieser Überwindung gab es zwei Grundvorstellungen: einmal den Weg der Produktivgenossenschaft, der besonders in der Frühzeit der industriellen Entwicklung als die erstrebenswerte Alternative zum kapitalistischen Privatunternehmen erschien, zumal er sich auch direkt aus dem Prinzip der Brüderlichkeit ableiten ließ; zum anderen den Weg der Expropriation der Expropriateure, der Enteignung der Enteigner und damit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Mit der Entwicklung der Großindustrie trat dieses zweite Ziel der Arbeiterbewegung in den Vordergrund. Über die Formen der Vergesellschaftung gab es in der deutschen Arbeiterbewegung sowie in der anderer Länder verschiedene Meinungen. Sie haben sich auch im Laufe der Zeit geändert. Ihr gemeinsames Merkmal war das Bestreben, die Ausbeutung der Besitzlosen durch das kapitalistische Privateigentum abzuschaffen.

Der dritte Ansatzpunkt der Arbeiterbewegung, der in vielfältigen Formen fortwirkte, war der Gedanke der Brüderlichkeit. Bei den Vorläufern der modernen deutschen Arbeiterbewegung, also in den Handwerksgehilfenvereinen, die zwischen 1830 und 1848 vor allem in Frankreich, England und in der Schweiz von Deutschen gebildet wurden, hatte dieser Gedanke oft eine religiöse Komponente. Sie wurde in der

Sozialdemokratie unter dem Einfluß eines philosophischen Materialismus und aufklärerischen Rationalismus, aber auch aus Opposition gegen die Festlegung der Kirchen auf die bestehende politische Ordnung und deren Träger zunehmend zurückgedrängt. Erhalten blieb die Idee der brüderlichen Verbundenheit aller in dieser Gesellschaft Ausgebeuteten und Unterdrückten. In der Tradition der Arbeiterbewegung wurde sie zum Prinzip der Solidarität, das sowohl den Aufruf zum gemeinsamen Kampf als auch das Bewußtsein klassenmäßiger Zusammengehörigkeit und menschlicher Gemeinschaft einschloß. Dieses Prinzip fand seinen Niederschlag im wesentlichen in dreierlei Hinsicht:

– Als Wirtschafts- und Lebensform der Genossenschaft oder, wie es damals hieß, der „Association“, die es Produzenten und Konsumenten ermöglichen sollte, für ihre materiellen Bedürfnisse auf eine Weise zu sorgen, die von der Gesamtheit der Genossen bestimmt werden und dieser zugute kommen sollte;

– als Organisation, die unerläßlich war, um dem Staat politische und soziale Rechte abzurufen, darüber hinaus aber auch Einrichtungen zu gegenseitiger Hilfe zu schaffen, die das Los der Schicksalsgenossen hier und heute erleichtern und die sozialistische Zukunft vorbereiten sollten;

– als Ideal menschlichen Zusammenlebens in der Gemeinschaft, das im Gegensatz stand zum brutalen Existenzkampf in der kapitalistischen Gesellschaft, in der der Mensch zur Vereinamung und Selbstentfremdung verurteilt wird. Dieses Ideal richtete sich gegen den kriegerischen Egoismus der Staaten, es postulierte eine Gesinnung der Internationalität und die Respektierung der Würde eines jeden Menschen, unabhängig von seinem Herkommen.

Selbsthilfe und Staatshilfe zur Emanzipation der Arbeiter

„Arbeiterverbrüderung“ nannte sich die im Revolutionsjahr 1848 ins Leben getretene Vereinigung, die erste in Deutschland öffentlich auftretende Arbeiterorganisation mit Breitenwirkung. Sie forderte von der Frankfurter Nationalversammlung sozialpolitische Beschlüsse, richtete Kranken- und Sterbekassen sowie eine Unterstützung für wandernde und arbeitslose Handwerksgesellen ein und plante die Schaffung von Produktivgenossenschaften.

Die Gründung von Arbeiter-Produktivgenossenschaften war auch in den 1866 angenommenen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation (I. Internationale) vorgesehen, ebenso wie in den Programmen des Lassalleianischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863), der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869 von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Eisenach ins Leben gerufen) und der Sozialistischen Arbeiterpartei (als Vereinigung der Lassalleaner und der Eisenacher 1875 in Gotha konstituiert). Durch Lassalle hat der Genossenschaftsgedanke einen zusätzlichen Aspekt erhalten, durch den er sich wesentlich von den Vorschlägen und Initiativen mittelständischer und bäuerlicher Reformer unterschied: Lassalle verlangte vom Staat großzügige Kredite für die Produktivassoziationen. Diese Forderung wurde auch in die Programme von Eisenach und Gotha aufgenommen, allerdings mit dem wichtigen Zusatz, daß die staatliche Förderung unter „demokratischen Garantien“ bzw. unter der „demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes“ erfolgen müsse.

Mit der Annahme des Erfurter Programms von 1891, das „die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln... in gesellschaftliches Eigentum“ als den einzigen Weg aus dem Elend des Kapitalis-

mus kennzeichnete, verlor die programmatische Forderung, wirtschaftliche Genossenschaften zu bilden, ihre vorher für die deutsche Sozialdemokratie zentrale Bedeutung. Verwirklicht wurde sie in der Form von Produktivgenossenschaften nur ganz partiell, während die über das ganze Reich verbreiteten Konsumgenossenschaften neben der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften auch noch in der Weimarer Republik als eine der „drei Säulen“ der deutschen Arbeiterbewegung galten.

Es wäre eine verengte Sicht, die Genossenschaftsidee nur am Stellenwert zu messen, den Produktiv- und Konsumgenossenschaften in der Programmatik und in der Praxis der Arbeiterbewegung besaßen. Daß diese Idee eine solche Resonanz bei den zu politischem Bewußtsein gereiften Arbeitern fand, lag nicht nur an den ökonomischen Vorteilen, die sie sich von ihrer Verwirklichung versprachen. Die Arbeiter wollten ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, eigene Initiativen entfalten, über die Gestaltung und den Zweck ihrer Arbeit selber bestimmen – kurz, sie drängten auf **Emanzipation**. Dies drückte sich konkret aus in der Forderung nach Mitwirkung und demokratischer Kontrolle auf den verschiedenen Gebieten des staatlichen und öffentlichen Lebens. Als ein Beispiel sei erwähnt, daß die Sozialdemokraten Bismarcks Sozialgesetze zwar vor allem darum ablehnten, weil sie von dem Reichskanzler erlassen wurden, der ihre Partei durch das „Sozialistengesetz“ zu vernichten trachtete, aber auch, weil Geist und Struktur dieser Sozialpolitik das Streben der Arbeiter nach Mitbestimmung und Selbstverwaltung ungenügend berücksichtigte. Sie wollten sich nicht zu Objekten einer obrigkeitlichen Sozialbürokratie herabwürdigen lassen. Wer die hierarchische Ordnung des Staates ablehnte, sich der Begünstigung des rücksichtslosen Gewinnstrebens der Kapitalbesitzer und allen imperialistischen Zielen widersetzte, muß-

te aus eigener Kraft Einrichtungen der sozialen Selbsthilfe schaffen. Das verhinderte nicht, daß mit der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung auch die Forderung nach sozialer Sicherheit – ob in autonomer oder in staatlich garantierter Form – zu einem der Grundimpulse der Arbeiterbewegung wurde.

Die „drei Säulen“ der Arbeiterbewegung

So baute die deutsche Arbeiterbewegung ihre imponierenden Massenorganisationen zielstrebig aus. Den Vorrang für den Kampf der Arbeiter um eine neue Gesellschaft hatte jahrzehntelang die politische Organisation, die Sozialdemokratische Partei. Sie war das entscheidende Instrument für den Kampf um volle politische Demokratie und um die künftige Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In der ständigen Ausweitung einer disziplinierten, von sozialistischem Bewußtsein erfüllten Mitgliedschaft und in ihren wachsenden Wahlerfolgen sah sie die Garantie dafür, daß sie schließlich ihr „Endziel“, den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, erreichen werde. Mit der Entwicklung des deutschen Kaiserreichs zu einem modernen Industriestaat erstarkten auch die Freien Gewerkschaften. Sie erhoben den Anspruch, trotz ihrer auf die Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiter hier und heute begrenzten Zielsetzung von der Partei als gleichberechtigte Partner im Ringen um die Rechte der Arbeiterschaft anerkannt zu werden. Durch das sogenannte „Mannheimer Abkommen“ wurde dieser Anspruch im Jahre 1906 honoriert. Verglichen mit Partei und Gewerkschaften war der Einfluß der Genossenschaften auf Bewußtseinsbildung und Engagement der Arbeiter geringer, doch darf ihr Beitrag zur Besserung des Lebensstandards der Arbeiter, aber auch ihre marktpolitische Funktion nicht unterschätzt werden.

Alternativgesellschaft und Tradition

Die „drei Säulen der Arbeiterbewegung“ – Sozialdemokratische Partei, Freie Gewerkschaften und Genossenschaften – wurden ergänzt und gestützt durch eine einzigartige Fülle von Einrichtungen und Vereinigungen, die der Publizistik, der Bildung, der musischen Betätigung, dem Sport, dem Naturerlebnis, der Geselligkeit dienten. Auch sie entstammten dem emanzipatorischen Willen der Arbeiter, die sich auf diese Weise den Zugang wenigstens zu einem Teil der materiellen und kulturellen Werte verschafften, den Staat und bürgerliche Gesellschaft ihnen versagten.

Das enge und vielfältige Geflecht von Institutionen der Arbeiterbewegung bedeutete ihren Mitgliedern und vielfach auch deren Familien „Vaterhaus und Lebensinhalt“, um ein Wort des österreichischen Sozialisten Otto Bauer zu gebrauchen. Es bildete faktisch eine Alternative zur – ja eine Gegengesellschaft innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Allerdings war der Inhalt der in den Arbeiterorganisationen vermittelten und gepflegten Kultur der bürgerlichen Tradition entnommen, soweit sie einen aufklärerischen, freiheitlichen und gesellschaftskritischen Bezug hatte. Großen Einfluß besaßen die populärwissenschaftlichen Werke von Ernst Haeckel und Ludwig Büchner, hochgeschätzt wurden insbesondere Gotthold Ephraim Lessing, Friedrich Schiller, Heinrich Heine und die Dichter der Revolution von 1848. Die Sozialdemokratie verstand sich stets als Erbin und Vollstreckerin der „bürgerlichen“ Revolution von 1848.

In ihren persönlichen Lebensformen und Verhaltensnormen glichen sich die Sozialdemokraten weitgehend der Gesellschaft ihrer Zeit an. So blieben sie in Fragen der Sexualmoral und der Geschlechterrolle zumeist den her-

kömmlichen Vorstellungen verhaftet, und dies, obwohl Bebel mit seinem 1879 erschienenen, immer wieder in Neubearbeitung aufgelegten Buch „Die Frau und der Sozialismus“ einen kühnen Vorstoß gegen die herrschenden Auffassungen von der sozialen Stellung der Frau unternommen hatte. Auch der äußere Habitus sozialdemokratischer Arbeiter entsprach z. B. in Wohnung und Kleidung – soweit sie sich das leisten konnten – bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Konvention und Geschmacksrichtung. Einen ausgeprägten eigenen Lebensstil hat die Arbeiterbewegung, sieht man von der erst in der Weimarer Republik zur Entfaltung gekommenen Jugend- und Kinderfreundebewegung ab, nicht entwickelt. Dennoch muß festgestellt werden, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihre eigenen Institutionen als Gegengesellschaft, wenn man will, als Alternativgesellschaft erlebten.

Denn während sie sich „draußen“, in der bürgerlichen Gesellschaft, als Außenseiter, ja oft als Parias fühlten, waren sie in der von ihnen selber geschaffenen akzeptiert und anerkannt. Dort waren sie Genossen und Citoyens, gleichberechtigt als Freie unter Freien. In dieser Alternativgesellschaft wurde das Selbstbewußtsein der Arbeiter gestärkt, ihr Bildungshunger befriedigt, ihr Lebensgefühl gehoben. Es entwickelte sich in ihr Gemeinschaftsgeist und Gruppenbewußtsein, die Existenz jedes einzelnen wurde aus der Anonymität der Proletariermasse herausgehoben – sie erhielt Sinn und Würde.

Freilich hatte die ausschließliche Konzentration auf dieses geistige und menschliche „Vaterhaus“ auch negative Wirkungen: Sie isolierte die Arbeiterbewegung von der Gesellschaft, die zu ändern ihr Ziel war, auch von sozialen Gruppen, die sie zu gewinnen suchte. Damit wurde auch ihre politische und organisatorische Wer-

bekraft eingeengt. Und manche auch für die Arbeiterbewegung bedeutsamen Erkenntnisse, Anregungen und Experimente, die in bürgerlichen Kreisen entstanden, wurden von ihr oft gar nicht oder erst spät aufgenommen. So wurden durch die „Alternativgesellschaft“ Barrieren aufgebaut, die sowohl die Einflußmöglichkeiten ihrer Mitglieder als auch deren eigene geistige und politische Entwicklung hemmten.

Zukunftsvisionen

Die Überzeugung, im Sozialismus die menschheitserlösende Alternative zur gegenwärtigen Ordnung gefunden zu haben, war verknüpft mit chiliastischen Erwartungen, die in die Realisierung der sozialistischen Ziele gesetzt wurden. Solche Erwartungen waren nicht nur für die Frühzeit der Arbeiterbewegung kennzeichnend. Das Ideal der vollkommenen Harmonie – mit dem Gedanken der Brüderlichkeit eng verwandt – bestimmte auch das Bild, das Bebel von der sozialistischen Gesellschaft entwarf. Daß sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“, das diese Zukunftsvision enthält, jahrzehntelang zu den meistgelesenen der sozialistischen Literatur gehörte, ist sicher nicht zuletzt auf diese Schilderung zurückzuführen. Die scheinbar wissenschaftlich unterbaute Verheißung, daß der Sozialismus die Gesellschaft in eine menschliche Gemeinschaft verwandeln werde, in der keiner dem andern etwas Böses zufügt, übte eine ungeheure werbende Wirkung auf eine Arbeiterschaft aus, deren Glaube an kirchliche Verkündigungen erschüttert war.

Die Sicht, daß die meisten Übel, unter denen die Menschen in der Gegenwart litten, von der kapitalistischen Ordnung herrührten, verführte die Sozialdemokraten zur Schlußfolgerung, daß diese Übel in der sozialistischen Gesellschaft entweder gar nicht erst aufkommen

würden oder sich jedenfalls leicht beheben ließen. So meinten sie, daß die Technik in der bestehenden Gesellschaft nur darum solch unmenschliche Folgen für die Arbeiter im Produktionsprozeß habe, weil sich die Kapitalisten der Technik ausschließlich im Interesse ihres Profitstrebens bedienten. Die Sozialdemokraten hielten, im Einklang mit ihrem generellen Fortschrittsglauben, die Weiterentwicklung der Technik und der Naturwissenschaften nicht nur für wünschenswert, sondern erwarteten in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung davon Humanisierung der Arbeit, Verkürzung der Arbeitszeit, Aufhebung der Trennung zwischen Stadt und Land und der unterschiedlichen Bewertung von manueller und geistiger, von „niedriger“ und „höherer“ Arbeit. Auch waren sie überzeugt davon, daß es in einer sozialistisch organisierten Gesellschaft ein leichtes sein werde, die „vernunftgemäßen Bedürfnisse“ – wie es im Gothaer Programm heißt – eines jeden zu befriedigen, da sich zu diesem Zweck die naturwissenschaftlich-technischen Fortschritte nutzen ließen und die im Produktionsprozeß Tätigen von sich aus ihre Fähigkeiten im Interesse des Gemeinwohls einsetzen würden.

Den in der Arbeiterbewegung verbreiteten Optimismus, daß im Sozialismus die Arbeit im Produktionsprozeß von all den Zwängen frei sein werde, die im Kapitalismus mit ihr verbunden sind, hat der späte Marx nicht geteilt. Im dritten Band des „Kapital“ erklärte er, daß auch in einer Gesellschaftsordnung, in der die „assoziierten Produzenten“ unter den „ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen“ arbeiten werden, der Produktionsprozeß „immer ein Reich der Notwendigkeit“ bleiben müsse. Erst jenseits desselben beginne „die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit“. Darum sei die Verkürzung des Arbeitstags „die Grundbedingung“. Für die Erfüllung dieser

Grundimpulse im Bewußtseinswandel der siebziger und achtziger Jahre

„Grundbedingung“ hat die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen gekämpft. Die Forderung des Achtstundentags stand an der Spitze des Programms der Zweiten Internationale von 1889, dessen Bedeutung durch die alljährlichen Feiern des Ersten Mai ins Bewußtsein aller Arbeiter gehoben werden sollte. Auch diese Forderung entsprang einem Grundimpuls der Arbeiterbewegung: einen möglichst weiten Freiraum zu schaffen, in dem der von Zwängen losgelöste Mensch in freier Selbstbestimmung sein Leben in der Gemeinschaft gestaltet, an den Gütern der Kultur teilnimmt und eigene Kreativität entfaltet.

Es zeigt sich also, daß im vergangenen Jahrhundert die Arbeiterbewegung selbst unter dem Leitbild der Brüderlichkeit, der Solidarität, eine Alternative zur bestehenden Gesellschaft der Konkurrenz und der Herrschaft von Menschen über Menschen angestrebt und in verschiedenen Ansätzen verwirklicht hat. Nicht zuletzt in genossenschaftlichen und anderen Einrichtungen der Selbsthilfe hat sie, wo der Obrigkeitsstaat vor den sozialen und kulturellen Notständen versagte, Eigeninitiativen entwickelt.

Heute nun sieht sich die Arbeiterbewegung mit dem Vorwurf konfrontiert, sie sei „etabliert“ – sie sei „bürgerlich“ geworden und habe daher Ideen, Kraft und Mut für eine neue solidarische Gesellschaft verloren. In diesem Vorwurf mischt sich Berechtigtes und Falsches. Unberechtigt ist der Vorwurf, wenn vergessen wird, daß „Bürger“ zu werden nicht heißen muß, Bourgeois zu werden. Sozialdemokraten wollten den Proletarier zum „Citoyen“ machen.

Und der teilweise erfolgreiche Kampf der Arbeiterbewegung um diese Bürgerrechte, um politische Demokratie und die Eingliederung der abhängig Arbeitenden in diese Demokratie als gleichberechtigte Staatsbürger, war ein Kampf um eine grundlegende Alternativordnung zum herrschenden Obrigkeitsstaat. Die Erkämpfung der politischen Demokratie hat daher auch viele der alten antibürgerlichen Einrichtungen der Arbeiterbewegung überflüssig gemacht.

Der Vorwurf der Verbürgerlichung geht also insofern an der Sache vorbei, als die – noch längst nicht vollendete – demokratische Eingliederung der Nicht-Besitzenden (nicht zur „Bourgeoisie“ Gehörenden) in eine Gesellschaft gleichberechtigter „Citoyens“ als wesentlicher Fortschritt auf dem Wege zu einer klassenlosen Gesellschaft erkannt werden muß.

Berechtigt allerdings wird der Vorwurf überall dort, wo auch in der Arbeiterbewegung unkritisch übernommene prestigeorientierte Besitz-, Lebens- und Kulturvorstellungen des Besitzbürgertums verhinderten, daß über die politische Gleichberechtigung hinaus sozialistische Formen des Lebens und Arbeitens mit Entschiedenheit vertreten wurden: Formen, in denen Solidarität, Gemeinschaftsgeist, gleiche Freiheit für alle die tragenden Grundwerte wären, nicht aber Patriarchalismus, Autoritarismus und Geltungskonsum des (Klein)-Bürgers.

Genau an diesem Defizit setzen seit einiger Zeit ernst zu nehmende Versuche alternativen Lebens und Arbeitens an – neue Grundimpulse innerhalb, vor allem aber außerhalb der Arbeiterbewegung.

1. Neue Formen und Grundimpulse gesellschaftlich-politischen Verhaltens

Wo Bürger Verhältnisse verändern, sich von autoritären Verhaltensformen emanzipieren, sinnvoller zusammen zu leben und zu arbeiten versuchen, im Bildungs- und Gemeinwesen Initiativen, Alternativen und Nachbarschaftshilfe entwickeln, wo Bürgerinitiativen direkten Einfluß auf die Politik zu nehmen versuchen, werden Grundimpulse erkennbar, die von der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ernst genommen werden müssen, soll es nicht zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen ihr und einem wichtigen Teil der aktivsten, im humanen Sinne progressivsten Bürger kommen.

Die Arbeiterbewegung darf nicht mit dem bequemen Hinweis zur Tagesordnung übergehen, solche Tendenzen würden ja nur von Minderheiten verfolgt. Wer so argumentiert, vergißt, daß auch die Arbeiterbewegung zunächst das Werk aktiver Minderheiten war.

Verändertes persönliches Verhalten

Als erster, grundlegender Impuls ist die neuartige personale Dimension des gesellschaftlich-politischen Veränderungswillens zu erkennen: Männer und vor allem Frauen haben begonnen, repressive, autoritäre Grundstrukturen im humanen Kernbereich zwischengeschlechtlicher, familialer, pädagogischer Beziehungen zu überwinden und durch gleichberechtigte, solidarische zu ersetzen. Damit schaffen sie wesentliche, bislang in linker Theorie und Praxis meist vernachlässigte Teilelemente einer Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Allerdings: Wo „antiautoritäre“ Verhaltensweisen absolut gesetzt wurden, haben sie auch Formen menschenfeindlicher Aggressivität und bloßer Destruktion gezeitigt. Auch diese Lektion gilt es zu lernen.

Ökologische Orientierung

Ein weiterer Grundimpuls neuer politisch-gesellschaftlicher Aktivität ist das zunehmende Engagement gegen die drohende Zerstörung und für die Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt, insbesondere im erfahrbaren Lebens- und Wohnbereich. Widerstand gegen ökologiefreundlichen Automobilität, Verschwendungskonsum, Stadtteil- und Landschaftszerstörung – Bereitschaft zu ressourcensparenden, umweltschützenden Verhaltensweisen nimmt zu.

Daß die Gegenkonzepte der Ökologen oft unausgegoren sind und ökonomische Notwendigkeiten von ihnen nicht selten einfach übergangen werden, kann kein Grund sein, sie mit einer abfälligen Bemerkung aus der politischen Kultur auszugrenzen, sondern sollte vielmehr

als Herausforderung verstanden werden, differenziertere ökologische Konzepte zu entwickeln.

Skepsis gegenüber den (linken) Institutionen; Selbstorganisation

Ein dritter Grundimpuls ist die zunehmende Skepsis gegenüber dem gewerkschaftlichen, parteipolitischen und parlamentarischen Institutionengefüge im allgemeinen und der Handlungsfähigkeit „linker“ Institutionen im besonderen. Während eine kleine, aber – vor allem an den Universitäten – lautstarke Minderheit diese traditionellen Systeme politischer Willensbildung überhaupt als veränderungsunfähig, systemstabilisierend oder repressiv ablehnt, ist die große Mehrheit politisch Aktiver zwar von der Notwendigkeit dieses Institutionengefüges überzeugt, kritisiert aber zunehmend seine Unzulänglichkeit („Staatsversagen“) und versucht deshalb, durch Engagement außerhalb dieser Institutionen die Verhältnisse zu reformieren.

Daraus resultiert die zunehmende Entschlossenheit einer beachtlichen Minderheit, die Beseitigung sozialer und ökologischer Mißstände im eigenen Lebensbereich nicht ausschließlich den organisierten Interessenvertretungen, Verwaltungen und Politikmachern zu überlassen, sondern selbst aktiv zu werden, nicht nur durch Protestaktionen („Druck von unten“), sondern vielfach auch durch organisierte Selbsthilfe, wobei Problemlösungen auch mit kooperationsbereiten Verwaltungen gemeinsam erarbeitet werden.

Auch wenn wir wissen, daß viele Formen des gegenwärtigen Anti-Etatismus nichts anderes sind als eine modische Variante des Unpolitischen, daß Selbstorganisation in „alternativen Instanzen“ oft eine kurzlebige Illusion ist, haben

wir die Skepsis gegenüber der Wirksamkeit mancher Institutionen des Wohlfahrtsstaats und die aktiven Versuche, sich und anderen selbst zu helfen, prinzipiell ernst zu nehmen.

Verlangen nach menschenwürdiger Arbeit

Ein vierter Grundimpuls ist der Wille, nicht länger zu leben, um zu arbeiten, sondern – manchmal unter Verzicht auf maximale Einkommen und optimale Karrieren – möglichst menschenwürdig zu arbeiten, um menschenwürdig leben zu können – in und nach der Arbeit: Abbau monotoner Arbeit, humanere Pausenregelung, Arbeitszeitverkürzung, verbesserter Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer, Gleitzeit, verbesserter Arbeitsschutz, humanere Arbeitsplatzgestaltung, Teilzeitarbeit u. ä. sind für viele abhängig Arbeitende heute mindestens ebenso wichtig wie höhere Einkommen.

Die Kehrseite des hier sich vollziehenden Wertwandels wie mangelnder Leistungswille, die Abneigung, überhaupt noch bestimmte Berufstätigkeiten und die damit verbundenen Belastungen längere Zeit zu ertragen, sollte uns nicht dazu verleiten, in die Kassandrarufe der Rechten einzustimmen, sondern herausfordern, gemeinsam mit den Gewerkschaften energischer für eine Humanisierung der Arbeit einzutreten.

Solidarisierung mit den Ärmsten der Menschheit

Zunehmende Minderheiten haben seit Jahren die unmenschliche Kluft zwischen dem relativen Wohlstand in unseren Industriegesellschaften und dem – teilweise von uns mitverschuldeten – Elend in den meisten Ländern der Dritten Welt als moralisch unerträglich erfahren

und ihre soziale Aktivität daher in den Dienst verschiedener Dritte-Welt-Initiativen gestellt.

Angesichts dieser neuen Ansätze zu internationaler Solidarität muß sich die Arbeiterbewegung fragen, ob und wie sie, auch gemeinsam mit diesen Minderheiten, diese alte, ihrer eigenen Tradition entstammende Idee wieder lebendig machen will.

2. Arbeiterbewegung und Alternativbewegungen

Es wäre ungerecht zu übersehen, daß aktive Sozialdemokraten und Gewerkschafter, oft auch jungsozialistische Gruppen, schon früh solche neuen Impulse für ein menschenwürdiges Miteinanderleben gegeben haben. Erinnerung sei nur an Willy Brandts Forderung, den „blauen Himmel über dem Ruhrgebiet“ wiederherzustellen; an den Tarifvertrag der IG Metall in Stuttgart zur Humanisierung der Arbeit, an zahlreiche direkte kommunalpolitische Aktionen und Initiativen von Sozialdemokraten, an die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie um eine neue Energiepolitik. Viele der neuen Gedanken lassen sich auch auf die Internationale Arbeitstagung der IG Metall vom April 1972 in Oberhausen zurückführen.

Im allgemeinen aber überwiegt noch die Erfahrung, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie, im 19. Jahrhundert selbst als umfassende Alternativbewegung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft entstanden, die neuen Impulse politischen Handelns, Lebens und Arbeitens nicht ernsthaft genug als mögliche Elemente eines gemeinsamen Ringens um eine menschenwürdige Lebenswelt anerkennen. Verhaftet in traditionellen gewerkschaftlichen und parteipolitischen Zielen und Organisationsformen ist die Arbeiterbewegung in Gefahr, die

oft sehr hilfreiche für den Sozialismus geradezu notwendige Erweiterung des politischen Handlungs- und Zielfeldes, die sich in den skizzierten Aktivitäten vollzieht, als bedeutungslos oder gar als lästige Konkurrenz abzutun.

Will die Arbeiterbewegung nicht Schritt für Schritt, wider Willen, in die konservative Situation einer lernunfähigen, primär sich selbst erhaltenden Sozialbürokratie geraten, so muß sie den neuen Problemen und Grundimpulsen der siebziger und achtziger Jahre, soweit sie ernst zu nehmen sind, verstärkt Aufmerksamkeit schenken. Sie muß auch darüber nachdenken, inwieweit hier verschüttete (teilweise bei den Frühsozialisten bereits artikulierte) sozialistische Prinzipien eines repressionsfreien Miteinanderlebens und -arbeitens aufgenommen werden. Sie muß sich auch auf Defizite in ihrer bisherigen Theorie und Praxis hinweisen lassen.

3. Lernfähigkeit entwickeln

Unsere Schrift versucht, einen Beitrag zu diesem notwendigen Lernprozeß der Arbeiterbewegung zu leisten. Wir müssen uns fragen, warum sich viele ernst zu nehmende Versuche alternativen Lebens und Arbeitens heute außerhalb der Arbeiterbewegung – ja oft in kritischer Distanz zu ihr – vollziehen, warum ein großer Teil der gesellschaftlich-politisch aktiven jüngeren Generation sich heute dort, nicht aber bei uns oder in den Gewerkschaften engagiert.

Bereits in ihrer Ausarbeitung über die politische Kultur in der Demokratie hat die Grundwertekommission darauf hingewiesen, daß sich wesentliche Veränderungen im Bewußtsein und Verhalten vieler Menschen vollziehen, wodurch sich auch die gesellschaftlich-politischen Verhaltensweisen einer wachsenden Minderheit verändern. Wir haben gefordert, daß

die Sozialdemokratie weitaus offener, sensibler für viele dieser Tendenzen sein muß: „Die vielfach in Routine und Selbstgenügsamkeit erstickte Parteiarbeit muß erneuert werden... Neben der auf Willensbildung und Entscheidung in Parteigremien und Parlamenten ausgerichteten Arbeit muß der Stadtteilarbeit, der Arbeit mit speziellen Zielgruppen, themenzentrierten Initiativen und Kampagnen größeres Interesse gelten. Gleichzeitig muß sich die Partei noch mehr als bisher als Forum für die kontroverse Diskussion wichtiger gesellschaftlicher Probleme anbieten, auch über die Grenzen der Partei hinaus...“

„Nur wenn Parteien... sich an der Diskussion um alternative Weisen des Lebens und Wirtschaftens mehr als bisher beteiligen, kann verhindert werden, daß sich mehr und mehr Menschen von den demokratischen Institutionen abwenden...“

4. Positive und negative Verhaltensänderungen

Solche Lernbereitschaft kann natürlich nicht unkritisch gutheißen, was immer sich heute als Gegenkultur und „alternatives“ Verhalten in unseren Industriegesellschaften darstellt. Selbstverliebtheit und Leistungsverweigerung ist noch kein Beitrag zu einer neuen Politischen Kultur. Wir müssen vielmehr nüchtern die Ambivalenz, die teilweise sogar offenbare Asozialität in der Abwendung von den herrschenden Formen des Arbeitens und Zusammenlebens zum Bewußtsein bringen. Nicht jeder, der aus der „repressiven“ Leistungsgesellschaft oder der Familie „aussteigt“, um irgendwo mit mehr Muße für sich zu leben, tut dies aus sozialkritischer Verantwortung – allzu viele tun es verantwortungslos, in einer schwächlichen Selbstbezo-

genheit, die darauf vertraut, daß die Wohlstandsgesellschaft und ihr soziales Netz sie schon nicht ins Bodenlose werden fallen lassen. Viele wollen heute nicht wahrhaben, daß die Erfüllung der „neuen“ „höheren“ Bedürfnisse nach unentfremdeter Arbeit, Muße, sinnvoller Selbstverwirklichung nur auf der Basis einer hochleistungsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft möglich ist, die zunächst einmal die elementaren materiellen Bedürfnisse befriedigen muß. Wo Not und Unsicherheit herrschen, kann sich die humane Frage nach sinnvoller Selbstverwirklichung gar nicht erst stellen.

Zwischen 1962 und 1976 ist die Zahl der Berufstätigen, denen die arbeitsfreien Stunden in ihrem Leben am liebsten sind, von 29 auf 46 Prozent gestiegen – bei den 16- bis 29jährigen Arbeitern stieg der Anteil sogar auf fast zwei Drittel (von 39 auf 62 Prozent 1975). Dem jeweiligen „Rest“ der Befragten war Arbeits- und arbeitsfreie Zeit gleich lieb – nur zwei bis vier Prozent bevorzugten die Arbeitszeit. (Nach E. Noelle-Neumann, Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft. Zürich 1978, S. 61; 50.)

Und während 1976 immerhin noch 54 Prozent der Arbeiter für „Gehorsam“ und „Unterordnung“ bzw. „Ordnungsliebe“ und „Fleiß“ als Erziehungsziele plädierten, bevorzugten diese nur noch 42 Prozent der Angestellten und 39 Prozent der Beamten, während 61 Prozent (63 Prozent der Beamten) primär für „Selbstständigkeit“ und „freien Willen“ votierten (49 Prozent der Arbeiter). (Nach Emnid-Informationen 6/7 1976, S. A 23.)

Solche Zahlen lassen sich verschieden interpretieren. Konservative Meinungsforscher sehen das moralisch-normative Fundament unserer Industriegesellschaft wanken. Kritiker des alten Arbeits- und Pflichtethos sehen einen

humaneren Typus des „homo faber“ sich entwickeln, der nicht länger leben will, um zu arbeiten, sondern arbeitet, um zu leben oder gar in der Arbeit leben möchte. Wir tun gut daran, nüchtern positive und negative Tendenzen in der Alternativkultur, konstruktive und destruktive Elemente des „Wertwandels“ zu erkennen:

– einerseits abnehmende Bereitschaft, anstrengende Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen, sich einem Gemeinschaftszweck freiwillig unterzuordnen und dadurch persönliche Opfer zu bringen, statt dessen Tendenz zu egozentrischer Selbstverwirklichung und Selbsterfüllung;

– andererseits Willen zur Autonomie; Kritik und Bekämpfung jeglicher nicht-legitimierten Fremdbestimmung, zugleich Bereitschaft zur Teilnahme an selbst-organisierten Formen des Lebens und Arbeitens, zu partnerschaftlichem statt autoritärem Verhalten ändern gegenüber, zur Optimierung von Lebensqualität statt Karriere und materiellem Erfolg; zunehmende Sensibilität für die Verletzlichkeit unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Ernsthaft zur Kenntnis nehmen können wir diese Verhaltensänderungen und Wertwandelungen nur, wenn wir sie nicht primär als Ergebnis ideologischer Beeinflussung, sondern praktischer Alltagserfahrungen sehen: Widersprüche zwischen demokratischem Anspruch und antidemokratischen Herrschaftsstrukturen in unseren Arbeits- und Lebensverhältnissen; Beziehungs- und Sinnleere des Konsumbürgerdaseins; Brüchigkeit des markt- wie des staatswirtschaftlichen Systems; Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Not in vielen Teilen der Welt; die Unwirtlichkeit vieler unserer Städte; Öl- und Energieschock; zunehmende Umweltzerstörung; Stagnation sozialistischer Reformbewegungen in Westeuropa und Scheitern der revolutionär-so-

zialistischen Konzepte in Osteuropa; Brüchigkeit der tradierten Familien- und Ehestrukturen, der privaten wie sozialen Morallehren. Das alles sind nicht Erfindungen linker Ideologen, sondern alltägliche Lebenserfahrungen. Natürlich hat die linke, und speziell die marxistische, Sozialtheorie Deutungsmuster für diese Krisenerfahrungen geliefert und zumindest in der akademischen Jugend durch antireformistische und anti-etatistische Dogmatik Krisenstimmung und Handlungsunfähigkeit noch verstärkt. Aber die Krisen selbst kamen nicht aus den Köpfen, sondern aus der gesellschaftlichen Realität – ganz abgesehen davon, daß in den letzten Jahren auch und gerade die sozialistischen Analysen und Strategien, reformistische wie vor allem marxistische, zunehmend innerhalb der Linken kritisiert worden sind.

5. Erweiterter Begriff und Handlungsspielraum von Politik notwendig

Gerade in dieser Situation aber hat die Arbeiterbewegung allen Grund, die positiven Grundimpulse derjenigen ernst zu nehmen, die sich nicht länger in „Systemkritik“ erschöpfen, aber auch nicht mehr auf die Segnungen der ins Stocken geratenen Reformen von oben warten wollen, sondern versuchen, aus eigenem Antrieb etwas für sich und ihre Mitmenschen zu verändern.

Der politische Stellenwert der beschriebenen Ansätze ergibt sich, sobald man erkennt, daß die traditionellen politischen Verbände und Institutionen ein Monopol auf die Wahrnehmung aller in der Demokratie anfallenden Tätigkeiten nicht mehr beanspruchen, noch weniger aufrechterhalten können. Vielmehr muß gerade eine Politik, die Gesellschaft im demokratisch-sozialistischen Sinne verändern will, eine

viel breitere Basis in alternativen Bewußtseins-, Lebens- und Arbeitsformen haben. In diesem Sinne muß erkannt werden, daß das, was heute in zunehmendem Maße an Verhaltensänderungen zwischen den Geschlechtern, im Verhältnis von Eltern und Kindern, in Millionen Kleingruppen der verschiedensten Art und Zielsetzung, in der Vorschul-, Schul- und Hochschulsozialisation, in autonomen Jugendzentren, in kirchlicher Gemeindearbeit, in einigen politischen Jugendverbänden, in der Frauenbewegung wie auch in zahllosen alternativen Formen des Arbeitens und Wirtschaftens sichtbar wird, politisch in hohem Maße relevant ist. Hier vollzieht sich eine „Graswurzel-Revolution“, wie man dies seit Jahren in den USA nennt.

Wir müssen also einen qualitativ erweiterten Begriff von politischem Handeln, einen umfassenderen Begriff von alternativem Leben und Arbeiten im sozialdemokratischen Denken zur Geltung bringen, der weit über die Bestrebungen kleiner Gruppen, zumal der Aussteiger aus unserer Gesellschaft, hinausreicht, der im Gegenteil gerade die Millionen einschließt, die in dieser Gesellschaft Teilstrukturen gemeinsam mit anderen verändern wollen. Dabei wäre nicht zuletzt der Demokratische Sozialismus selbst, jenseits jeder staatssozialistischen Verengung, in einem umfassenderen Sinne als eine gesellschaftliche Bewegung zu definieren, in der alle persönlichen und sozialen Verhaltensänderungen der Menschen konstitutive Bedeutung haben, die von autoritären zu selbstbestimmten und partnerschaftlichen Formen des Lebens, der Arbeit und der Politik hinstreben. Von diesem umfassenderen Selbstverständnis des Demokratischen Sozialismus aus sind dann die kritischer Prüfung standhaltenden neuen gesellschaftlichen Initiativen als Elemente einer human-sozialistischen Transformation der Gesellschaft zu sichten und anzuerkennen.

Für die Sozialdemokratische Partei ergibt sich daraus:

- ihr Respekt vor jedem, der selbst gesellschaftlich aktiv wird und Wege humaneren Lebens und Arbeitens versucht,
- ihre Gesprächsbereitschaft mit allen in diesem Sinne tätigen Gruppen,
- ihre Bereitschaft zu optimaler Kooperation, wo immer relevante Initiativen auf Hilfe, Freiräume und Beseitigung bürokratischer Hindernisse angewiesen sind.

Wandel im Verhältnis der Menschen zueinander

Die Arbeiterbewegung hat das Verhalten des einzelnen gegenüber seinen Mitmenschen im wesentlichen als ein Ergebnis der herrschenden, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen gedeutet. Darum erwartete sie, daß sich mit dem Erfolg des Kampfes der Sozialisten um eine gerechte und freie Ordnung der entsprechende Wandel der Mentalität der Menschen, also auch ihrer sozialen Beziehungen bis in die ganz persönliche Sphäre hinein, von selbst einstellen werde. Ferdinand Lassalles Appell an die Arbeiter, sie hätten „die Pflicht einer ganz neuen Haltung“ („Arbeiterprogramm“ von 1862), wurde von ihm selber und von Generationen von Sozialisten vor allem als eine Aufforderung zur Solidarität und zum Selbstbewußtsein im Ringen um eine neue Gesellschaftsordnung verstanden. Die Einübung dieser Haltung erfolgte im Alltag des Organisationslebens, im Betrieb und auch in der Familie. Eine bewußte, in eigenständigen Formen praktizierte und auch theoretisch unterbaute Erziehung zu einer tiefergreifenden und umfassenderen „neuen Haltung“ wurde von der Sozialdemokratie erst nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt, und zwar in ihren Jugendorganisationen und vor allem in der Arbeitsgemeinschaft der „Kinderfreunde“. Die Überwindung überkommener Autoritäten und Konventionen, die Eigenverantwortung und Selbsttätigkeit des einzelnen, Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gemeinschaft, partnerschaftliche Beziehungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen, ein unbefangenes Verhältnis zur Sexualität – dies waren in diesen Organisationen Leitgedanken, die an Aktualität heute zunehmen. Aber während in der Vergangenheit nur verhältnismäßig kleine, mit der Arbeiterbewegung oder avantgardistischen Strömungen verbundene Gruppen sich bemühten, diese Gedanken praktisch umzusetzen, bestimmen sie gegenwärtig in der einen oder anderen Form den Lebensstil vieler, meist jüngerer Menschen.

Der schnelle Wandel aller Verhältnisse und Beziehungen scheint in unserer Zeit das einzig Konstante zu sein. Nicht nur die Produktions- und Arbeitsstrukturen sind andere geworden, sondern auch die alltägliche Lebenspraxis und das Bewußtsein der davon betroffenen Menschen haben sich verändert. Ein anderes menschliches und soziales Selbstverständnis bildet sich allmählich in konfliktreicher Auseinandersetzung mit älteren Traditionen der Lebensführung und gesellschaftlich-moralischer Werte heraus.

Wir können im Augenblick nur Tendenzen, Linien und Richtungen in dieser komplizierten Entwicklung aufweisen. Letzte Sicherheit in der Analyse und Prognose kann es hier nicht geben. Hinzu kommt erschwerend, daß sich neue Verhaltensweisen in den verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen und bei unterschiedlichem Bildungs- und Besitzstand auch verschieden, inhaltlich wie zeitlich, entwickeln. So laufen z. B. in traditionellen Unterschichten emanzipative Prozesse bedeutend langsamer ab als in Mittel- und Oberschichten, die sowohl sprachlich wie ökonomisch mehr Möglichkeiten haben, andere Verhaltensweisen einzuüben. Aber trotz der Unterschiede gibt es so etwas wie einen Bewußtseinswandel, der in verschiedener Dichte und Konsequenz das gesamtgesellschaftliche Leben in seiner Gesamttendenz zu bestimmen beginnt.

So nimmt bei vielen Menschen der Wille, ihre Persönlichkeit zu entfalten, einen hohen Rang ein. Sie suchen nach Möglichkeiten, unaustauschbares Subjekt des Handelns zu sein, d. h. ihr Leben in Familie und Beruf, ihre Zeit während der Arbeit und ihre Zeit nach der Arbeit selbständig zu gestalten. Sie wollen nicht nur eine Rolle, die von anderen Menschen und Kräften bestimmt wird, ausfüllen, sondern eigenverantwortlich die Bedingungen ihrer Exi-

stanz mitbestimmen und – so weit es eben geht – selbst bestimmen. Alle traditionellen und auch neuartigen Formen der eintrainierten Unterordnung und anerzogenen Gehorsamsverpflichtungen wollen sie zugunsten eigenständiger und gleichwertiger Teilhabe an der Gestaltung einer eigenen Umwelt überwinden. Allerdings sind die Ziele durchaus unterschiedlich. Die einen treiben das alte bürgerlich-liberale Persönlichkeitsideal auf die Spitze und formulieren ihre Ziele ausschließlich individualistisch und sprechen in einem verengten Sinn von Selbstverwirklichung und Selbstfindung, vom Recht auf das eigene Glück. Als Protest gegen die Realitäten verschiedener Fremdbestimmungen in industriellen Massengesellschaften sind sie freilich verständlich.

Andere Menschen und Gruppen aber sind kritisch gegenüber allein oder vorrangig individualistisch formulierten human-sozialen Zielen. Sie wollen schon im Ansatz mit der Tatsache Ernst machen, daß alle Formen traditioneller Fremdbestimmungen und Rollenzwänge nur in einem gemeinsam angelegten und in einem gemeinsam getragenen Befreiungsprozeß abzubauen sind. Für sie wird Selbstverwirklichung des einzelnen nur in dem Maße erlebbare Tageswirklichkeit, wie sie auch gleichzeitig die Emanzipation ihrer Mitmenschen wird. Formen solidarischer Veränderungen von sozialen Lebenslagen sind für sie wichtiger als mehr oder weniger gelungene Inseln rein individualistischer Selbstbestimmung, denen immer ein Trend zu elitärer Lebensführung anhaften dürfte.

Diese Position, die um das Angewiesensein aller auf alle in einer arbeitsteiligen Gesellschaft weiß, entbindet entscheidende Gegenkräfte gegen ein verabsolutiertes individuelles Leistungs- und Konkurrenzdenken. Sie gibt anderen menschlichen Möglichkeiten, nämlich

seinen Mitmenschen ein Nächster zu sein, für ihn da zu sein, für ihn offen zu sein und ihn gelten zu lassen, eine größere Chance. Viele Menschen, vor allem jüngere, erleben diese andere Qualität des Lebens, die für etliche eine durchaus neue, noch nicht erlebte Qualität ist, in kleineren Gruppen. Über das Erleben einer Gruppe entdecken sie, wer sie sind und was sie sein können: unverwechselbare Person und zugleich gemeinschaftsbedürftiger und auch gemeinschaftsfähiger Mitmensch. Im Erleben selbst brechen für sie die falschen Alternativen zwischen Individualismus oder Kollektivismus, Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung zusammen. Sie erfahren an sich selbst, daß es Persönlichkeit nur in lebendigen sozialen Beziehungen gibt. Und genau dies dürfte eine der Sehnsüchte bei denen sein, die ihre Isolation und ihren Beziehungsverlust häufig in scharfen Protesten oder gar in Gewaltakten zum Ausdruck bringen. Hinter allem und in allem steht der Drang nach gelebter Gemeinschaft im Alltag.

Dieses Suchen nach Gemeinsamkeit bestimmt immer mehr das Bewußtsein und auch das Verhalten einer zunehmenden Zahl von Menschen, ohne daß sie in einen Gemeinschaftskult verfielen. Hier liegt ein Potential, das die Chance einer Verwirklichung haben muß. Über neue Alltagserfahrungen in kleineren oder auch größeren Primärgruppen läßt sich dann auch wieder ein Sinn für größere Einheiten in Staat und Gesellschaft gewinnen.

Im Erleben von Gemeinschaft im Sinne mit- und selbstbestimmter Praxis sehen dann auch immer mehr Menschen ein, daß es neben der spontanen Zuwendung zum anderen, der Offenheit für andere und der Toleranz gegenüber anderen gleichzeitig andere Tugenden geben muß, ohne die auf Dauer keine gute Kommunikation möglich ist: Zuverlässigkeit, Treue,

Leistungs- und Opferbereitschaft. Und man lernt vor allem, Konflikte auszuhalten, Risiken zu übernehmen und Belastungen durchzustehen, ohne sofort zu flüchten. Man kann einüben, was Verantwortung füreinander und für eine Sache bedeutet. Jedenfalls können die so häufig von autoritären und totalitären Systemen mißbrauchten Tugenden unter den Bedingungen von mitbestimmten Kommunikations- und Leistungsprozessen eine neue, nun aber einsichtige Bedeutung bekommen. Diese Bereitschaft zur „Moral im Alltag“ ist weithin vorhanden. Es wird darauf ankommen, ihr bewußter als bisher die Voraussetzungen und Räume ihrer Einübung zu schaffen. Jedenfalls wäre es unverantwortlich, im Stile kulturpessimistischer Kritik vom Verfall der Moral zu reden. In Wirklichkeit deutet sich auf dem Hintergrund eines Wandels des personalen und mitmenschlichen Verständnisses eine neue Bereitschaft zur Mitverantwortung mit entsprechenden Verhaltensweisen in der Praxis des Alltags an.

Über den Chancen dürfen selbstverständlich nicht die Gefahren vergessen werden. So gibt es die Gefahr, daß die Fähigkeit und Bereitschaft zur praktischen Verantwortung in einer Abkapselung in kleinen, überschaubaren Gruppen endet, in denen sich die humane und soziale Sensibilität verbraucht, ohne für andere Zusammenhänge der Gesellschaft fruchtbar zu werden. Es besteht die Gefahr, daß sich eine eingengeprägte Subkultur entwickelt, die sich mehr oder weniger von der öffentlichen Kultur abkapselt und entfremdet.

In dieser Situation wird es darauf ankommen, das existierende und sich in kleinen sozialen Einheiten ausbildende neue Selbstverständnis so zu fördern, daß es für die umfassenderen politischen und gesellschaftlichen Probleme fruchtbar gemacht werden kann. Sozial- und Gesellschaftspolitik sind so auszurichten, daß

die Chancen für die konkrete Verantwortung für sich selbst und für andere größer werden. Daraus könnte sich ein Abbau verwalteter Objektstellung von Menschen ergeben.

Die größer gewordene Sensibilität der jüngeren und auch vieler älterer Menschen füreinander kann das solidarische Element in unserer Gesellschaft stärken und mit Leben füllen. Es gibt auch Formen des Protests im Namen lebendiger Beziehungen gegen die unpersönliche Organisation von Funktionen, die das Klima unter uns menschlicher und freundlicher machen können.

Menschlicher im Sinne von offener Partnerschaft ist vor allem das Verhältnis der Geschlechter untereinander geworden. Das einseitige Rollenverständnis der Frau als Gehilfin des Mannes ist dabei, sich in Praxis und Theorie zugunsten einer gleichwertigen und gleichberechtigten Zweierbeziehung zu verwandeln. Dadurch, daß immer mehr Frauen qualifizierte Berufe erlernen und ausüben und in Arbeit und Freizeit vielfältigere soziale Kontakte unterhalten, nimmt ihre Selbständigkeit zu. Auch innerhalb von Ehe und Familie wird zunehmend ein kooperatives Verhältnis der Partner und Familienmitglieder eingeübt. So sehr diese Tendenzen in vielen Beziehungen schon jetzt die Tageswirklichkeit bestimmen, so dürften gerade hier noch sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Sozialschichten bestehen. Die Erfahrung lehrt: je günstiger die beruflichen, die ökonomischen, sozialen und bildungsmäßigen Voraussetzungen sind, desto eher lassen sich partnerschaftliche Beziehungen aufbauen. Vor allem in Unterschichten sind Ehe und Familie noch sehr stark von älteren Verhaltensmustern geprägt. Aber auch hier ist ein langsamer Abbau der allzu starken Rollenfixierungen in den Beziehungen der Geschlechter und der Familienmitglieder zu beobachten.

Sind diese Umorientierungen bei der Mehrheit noch im Werden, so gibt es in der jüngeren Generation kleinere Gruppen, die neue Formen des Zusammenlebens, auch zwischen den Geschlechtern suchen und auch neue Formen des Zusammenlebens erproben. Auch wenn diese Experimente häufig zu scheitern scheinen, so muß doch die Bereitschaft, andere Intim- und Sozialformen zu wagen, ernstgenommen werden. Man wird diese emotionale Sehnsucht und diesen Willen zu alternativen Begegnungs- und Lebensformen auf keinen Fall gesellschaftlich und rechtspolitisch ächten dürfen, sondern fragen müssen, wie Menschen konkret geholfen werden kann, ihre Vorstellungen von Beziehungen in die Praxis umzusetzen. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Beziehungen.

Allerdings sollten jene, die sich auf neue Formen einlassen, ihre Entscheidung nicht mit arroganter und unsachlicher Kritik an den nach wie vor überwiegenden und im ganzen bewährten Formen von Ehe und Familie begleiten. Diese Institutionen, die ihrerseits selbst einem lebendigen Wandel unterliegen, haben dank ihrer rechtlichen Verankerung eine nicht zu unterschätzende stützende Funktion. Die Aufgabe dürfte darin bestehen, ohne gegenseitige Diskriminierung verschiedene Formen von geschlechtlichen und sozialen Beziehungen – gerade auch innerhalb von Ehe und Familie – sich entwickeln zu lassen.

Viel entscheidender als der Pluralismus der Formen dürfte aber das Prinzip der Verantwortung in allen nur denkbaren Formen des Zusammenlebens sein. Fehlt die Praxis tätiger Verantwortung als Ausdruck von Nächstenliebe, so droht die Gefahr, daß gerade offenere Formen der Beziehungen zu neuartigen Praktiken von Ausbeutung und Unterdrückung des anderen führen. Die Objektstellung des anderen

kann stärker sein als in Beziehungen, die durch Rolle und Sitte bestimmt sind. Aus dem Erfahrungswissen heraus, daß jede Beziehungsform zur mehr oder weniger ausgeprägten Herrschaftsform entarten kann, sollte man den Streit nicht so sehr über die beste in der Vielfalt der Formen führen, sondern sich auf den humanen Wettstreit einlassen, alle Beziehungen so human, freundlich und freiheitlich zu gestalten, wie eben möglich ist. Der Feind des Menschlichen ist jene Verantwortungslosigkeit, die am Ende nur sich selbst kennt und daher unfähig macht, Bindungen einzugehen.

Zu den neuen Verhaltensweisen, von denen wir für unsere sozialen Beziehungen lernen können, gehören auch Versuche, ein weniger entfremdetes, weniger gestörtes Verhältnis zur sinnlichen Natur des Menschen, zu seinem Körper und zu seinen Gefühlen zu finden. Vor allem sind die Beziehungen zwischen den Geschlechtern weniger von Vorurteilen belastet und sinnenfroher als früher. Dieser Tendenz zur Entwicklung einer humanen Sinnlichkeit stehen freilich auch egozentrische, inhumane Gegen Tendenzen gegenüber. Welche Tendenz schließlich die Oberhand gewinnt, entscheiden die Bereitschaft und die Fähigkeit, in Liebe miteinander umzugehen und kontinuierlich Verantwortung füreinander zu übernehmen. Immer mehr Menschen entdecken, daß der Geist, aus dem heraus man ein Zusammenleben wagt, wichtiger ist als eine noch so ausgeklügelte Form. Deshalb dürfte es überflüssig sein, sich über falsche Alternativen in den Formen zwischen geschlechtlicher und sozialer Beziehungen zu streiten. Worauf es ankommt, ist, daß jeder in der von ihm selbst gewählten Form seine Chance als Mensch bekommt. Probleme und Konflikte bleiben ihm in keinem Fall erspart. Das sollte jeden daran hindern, die von ihm gefällte Entscheidung als die einzig richtige zu vertreten.

Eine weitere wichtige Beobachtung ist die zunehmende Hinwendung vieler Menschen zu Kranken, Schwachen, Alten und Behinderten. Die Stimmen und Institutionen, die für ihre selbstverständliche Integration in die als Solidargemeinschaft verstandene Gesellschaft eintreten, sind zahlreicher geworden. Der Tanz um den Gesunden, den Leistungsstarken und Erfolgreichen ist weniger wild geworden, ohne daß er beendet wäre. Aber es gibt eine in unserer Gesellschaft bisher nicht gekannte Bereitschaft vieler Menschen, sich gerade mit denen zu beschäftigen, die am Rande unserer Gesellschaft leben. Selten waren die geistigen und emotionalen Voraussetzungen so günstig dafür, daß Gesunde und Kranke und Behinderte partnerschaftlich zusammenleben. Die vielen Defizite des Menschen als Teil des Humanum selbst zu begreifen und als Herausforderung an das eigene Selbstverständnis anzunehmen, diese Haltung solidarischen Verstehens könnte die Basis für eine bedeutend konsequentere Randgruppenpolitik sein. Diese zunehmende Sensibilisierung für die Schwachen in unserer Gesellschaft hat ihre Entsprechung in einem wachsenden Verständnis vieler Zeitgenossen für die Probleme der Armut in der Welt. Angesichts des Aufbaus kostspieliger militärischer Drohsysteme und der Praxis von Verschwendung in vielen Industriegesellschaften sind sie nicht mehr bereit, die Aufteilung der Welt in arme und reiche Länder widerstandslos hinzunehmen. Das Solidaritätsprinzip, das für die eigene Binnenstruktur von größter Bedeutung war und ist, wird übertragen auf die Beziehungen zwischen Staaten und Kontinenten. Dabei zeigt sich bei einigen sogar eine eigenartige „Fernsterliebe“, die recht unbekümmert für die Probleme im eigenen Lande sein kann. Aber entscheidend dürfte sein, daß wir heute ein ausgeprägtes Interesse und Verantwortungsbewußtsein für die weltweiten Aufgaben haben. Auch dieses neue weltweite Bewußtsein und die Bereitschaft, sich für

Gerechtigkeit und Freiheit auch in entlegenen Regionen zu engagieren, dürfte ein Potential an politisch-moralischem Bewußtsein sein, das von einer konsequenten und einsichtig gemachten Entwicklungspolitik bedeutend fruchtbarer gemacht werden könnte als es bislang geschehen ist.

Geht man nüchtern an eine Bestandsaufnahme des veränderten Bewußtseins in den menschlichen und sozialen Beziehungen heran, so lassen sich bei vollem Wissen um die Gefahren und Pervertierungsmöglichkeiten doch die größeren Chancen für die Entwicklung humaner und verantwortlicher Beziehungen im Nah- und Fernbereich nicht übersehen. Dies gilt vor allem dann, wenn die Chancen anerkannt und dann auch bewußt ergriffen werden, damit die entgegenstehenden Trends mit ihren problematischen Folgen beherrschbar werden. Die Chancen überwiegen, wenn wir bei allem Wissen um die Bedeutsamkeit realer Verhältnisse die verändernde Kraft des Geistes und der praktischen Ethik nicht unterschätzen.

Zum Wandel des Verhältnisses Mensch-Natur

Friedrich Engels hat in seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ anschaulich die verheerenden Folgen geschildert, die von der industriellen Entwicklung in vielen Distrikten Englands ausgingen. Dabei konnte er sich auch auf literarische Äußerungen englischer Bürger stützen, die schon zu Beginn der industriellen Revolution – aus vorwiegend ästhetischen Gründen – gegen die zunehmende Naturzerstörung protestiert hatten. Dennoch war für die Arbeiterbewegung, seit sie unter den Einfluß von Marx und Engels geriet, der industriell-technische Fortschritt in erster Linie notwendige Voraussetzung der Befreiung des Menschen von seiner Naturabhängigkeit. Marx war sogar bereit, geschichtsphilosophisch zu rechtfertigen, was er – auf Grund moralischer und ästhetischer Bewertung – verurteilen mußte. Der Weg zur Befreiung der Menschheit erschien ihm als ein dialektischer. Eroberungen wie die der Briten in Indien und die gewaltsame Öffnung der chinesischen Häfen waren zwar von höchst zweifelhaftem moralischen, dafür aber von um so eindeutigerem historischen Wert, weil sie diese Länder dem industriellen Kapitalismus erschlossen. Auf der anderen Seite hat Marx aber den zweideutigen Charakter des technischen Fortschritts unter den Bedingungen einer kapitalistischen Produktionsweise deutlich gesehen. Im Kapitel „Maschinerie und große Industrie“ des „Kapital“ schrieb er: „Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft... stört sie (die kapitalistische Produktion)... den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d. h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmittelelementen vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter.“ Marx wie Engels folgerten aus dieser Einsicht, daß es

künftig notwendig sein werde, diesen Stoffwechsel (zwischen Mensch und Erde), „systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen“. Mit anderen Worten, Marx forderte nicht den Verzicht auf industrielle Produktion, wohl aber deren planvolle Umgestaltung mit Rücksicht auf die Erhaltung oder Wiederherstellung eines Kreislaufs, durch den die notwendige Naturgrundlage menschlichen Lebens bewahrt wird. Eine darüber hinausgehende Abkehr vom Industrialismus hat Marx in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ als „romantische Ansicht“ bezeichnet, die allerdings als „berechtigter Gegensatz“ die unkritische Bejahung des Industrialismus in seiner kapitalistischen Gestalt bis an dessen „seliges Ende“ begleiten werde.

In der deutschen Arbeiterbewegung, wie in der anderer Länder, spielten diese Überlegungen praktisch jedoch keine Rolle. Karl Kautsky erklärte unumwunden, daß der Sozialismus den Zerstörungsprozeß der Natur und der Vielfalt ihrer Arbeiten, den die kapitalistische Industrialisierung begonnen hat, fortsetzen werde: „Schon der Kapitalismus, ja in geringerem Maße, wegen der geringeren technischen Mittel, schon die früheren Kulturen bewirkten ein zunehmendes Zurückdrängen vieler Arten wilder Tiere und Pflanzen, das bei manchen bis zu völliger Vernichtung ging. Also Verringerung der Mannigfaltigkeit, Zunehmen der Eintönigkeit in der Welt der Lebewesen...“ „Wie weit die Schonung seltener Tiere und Pflanzen im Sozialismus auch gehen mag, der Fortschritt der Bodenkultur wird doch manche ihrer Arten auch weiterhin zum Aussterben bringen und so die Mannigfaltigkeit der Natur verringern“ (Historischer Materialismus, Bd. II/1927). Gegen diese Äußerung Kautskys hat seinerzeit niemand protestiert. Heute wissen wir, daß die Vielfalt der

Tier- und Pflanzenarten nicht nur einen ästhetischen Wert darstellt, sondern auch für die Regenerationsfähigkeit ökologischer Systeme von großer Wichtigkeit ist. Monokulturen sind nicht nur schädlich, weil sie zu vermehrter Abhängigkeit von Fluktuationen der Marktpreise eines einzigen Produktes führen, sondern auch, weil ein einziger Schädling, eine einzige Krankheit ganze Ernten vernichten kann und die chemische Schädlingsbekämpfung Boden wie Gewässer übermäßig belastet. Die große irische Hungersnot infolge des Befalls der Kartoffel-Monokultur durch den Colorado-Käfer ist das bekannteste und früheste Beispiel für diesen Zusammenhang und hätte auch Kautsky warnen können.

Gewiß hat die Arbeiterbewegung dem Prozeß der zunehmenden Entfremdung von der Natur nicht tatenlos zugehört. Sie bemühte sich, in ihren Jugendorganisationen und durch ihre Freizeitveranstaltungen die Schönheit der Natur und die Gesundheit ländlicher Gegenden jedem zugänglich zu machen. Die „Naturfreunde“ betrachteten ihre Aktivitäten als Kompensation für die ungesunden Lebensverhältnisse proletarischer Jugendlicher in der Stadt. Aber so verdienstvoll dieses Wirken auch war, es führte kaum je zu einer Kritik an der aktuellen Gestalt des Industriesystems selbst. Natürlich gab es Forderungen der Arbeiterbewegung – vor allem der Gewerkschaften – nach Gesundheit am Arbeitsplatz, nach verbesserter Betriebshygiene, nach höherer Betriebssicherheit usw. Im ganzen aber wurde doch stets der industrielle Fortschritt in seiner existierenden Gestalt bejaht und jede Kritik an ihm als reaktionäre Maschinenstürmerei zurückgewiesen.

Der Beginn des ökologischen Bewußtseins

Wie stark die Arbeiterbewegung insgesamt, einschließlich der außerparlamentarischen

Linken in der Bundesrepublik, auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch auf dem Standpunkt prinzipieller und uneingeschränkter Bejahung jedes technischen Fortschritts stand, wird unter anderem deutlich, wenn man an die Forderung „Atome für den Frieden“ denkt, die im Kampf gegen eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik erhoben wurde. Raumfahrt und Ausbau des Weltluftverkehrs wurden bis vor einem Jahrzehnt von allen als Fortschritt begrüßt. Noch der Leber-Plan des damaligen Bundesverkehrsministers, der vorsah, daß kein Ort der Bundesrepublik weiter als 15 km von einem Autobahnanschluß entfernt sein sollte, fand ungeteilte Zustimmung.

Diese euphorische Hochschätzung der technischen Entwicklung ist heute für die Jüngeren kaum mehr nachvollziehbar. Die Zeiten, in denen die Raumfahrt die Menschen faszinierte, sind vorbei. Jede Form von Großtechnologie, vor allem Atomkraftwerke, aber auch der Bau neuer Autobahnen und die Erweiterung oder der Neubau von Flughäfen rufen vielfach Proteste hervor. Jede Naturzerstörung, und sei es das Fällen weniger Bäume, stößt auf Widerstand. Die tieferliegenden Ursachen für diesen Wandel sind noch nicht ausreichend erforscht. Die Ölversorgungskrise des Jahres 1973 dürfte nur ein auslösender Faktor gewesen sein, weil sie erstmals auf die Abhängigkeit Europas von dieser – lange Jahre hindurch extrem billigen – Energiequelle aufmerksam gemacht hat. Vermutlich spielte die Tatsache eine Rolle, daß um diese Zeit ein gewisser Sättigungsgrad mit Industriewaren eingetreten war, und daß die Vorteile weiteren industriellen Wachstums zunehmend durch dessen Schattenseiten verdunkelt wurden. Während früher der Besitz eines Privatwagens lediglich mehr Beweglichkeit mit sich gebracht hatte, bedeutete er seither häufig – an Wochenenden oder auf dem Weg von und zur Arbeit – Nervenbelastung und Zeitverlust. Verbesserte

Anbindung an Schnellstraßen brachten den Anwohnern vermehrte Lärmbelästigung. In der Landwirtschaft wurde erhöhter Schutz gegen Unkraut und Schädlinge mit der Vergiftung von Boden, Nahrungsmitteln, schließlich der Muttermilch erkaufte. Für erhebliche Teile der Angestelltenschaft (noch kaum für Facharbeiter) trat das Interesse an einem Wachstum des Einkommens zurück gegenüber dem an einer besseren Umweltqualität.

Die SPD wird durch diesen Wandel in den Werthaltungen in besonderem Maße herausgefordert. Es geht darum, die Beziehungen zwischen Mensch und Natur an der Einsicht zu korrigieren, daß Menschen selbst ein Teil der Natur sind und nur in einer – sich ständig regenerierenden – Natur existieren können. Zwar gehört die Beherrschung der Natur mit Hilfe der Naturwissenschaft und einer auf ihr fundierten Technik zu den großen Errungenschaften der Menschheit, die nicht aufgegeben werden dürfen. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht vergessen, daß die uns verfügbare Natur begrenzt ist und daß es in ihr komplexe Zusammenhänge (Ökosysteme z. B.) gibt, die wir – bei Strafe der Selbstvernichtung – respektieren müssen.

Als ein Versuch, die Angewiesenheit der Menschen auf die Natur als ihre Lebensgrundlage dringlich vor Augen zu führen, mögen Formulierungen wie „Partnerschaft von Mensch und Natur“ oder „Frieden mit der Natur“ sinnvoll sein. Da jedoch diese Begriffe ein personales Verhältnis zwischen Mensch und Natur voraussetzen und damit der Natur unzutreffend personale Qualität beimessen, sie zur Person machen, können sie nicht gut als Leitlinie für ein neues praktisches Verhalten herangezogen werden.

Neuere Überlegungen in der Philosophie, in den Naturwissenschaften und in der Theolo-

gie führen zu einer Neubestimmung von Ziel und Praxis der Herrschaft des Menschen über die Natur. Die Forderung nach Pflege und verantwortlicher Nutzung tritt an die Stelle unbegrenzter Ausbeutung. Heute, wo wir mit anderen Augen lesen, stoßen wir selbst im Werk von Marx auf Stellen, die – bisher ohne Einfluß auf die Arbeiterbewegung – auf die Verantwortung hinweisen, welche die Menschheit gegenüber künftigen Generationen in Bezug auf die Erhaltung ihrer Naturgrundlage hat. Er schreibt im dritten Band des „Kapital“: „Selbst eine ganze Gesellschaft, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“ (MEW 25 S. 784).

Neue Grundimpulse für eine menschlichere Arbeits- und Wirtschaftsordnung

Wir haben oben auf zunehmende Tendenzen in unserer Gesellschaft hingewiesen, die vorherrschenden Formen des Wirtschaftens, des Arbeitens und Konsumierens in Frage zu stellen und alternative Formen nicht nur zu fordern, sondern auch zu praktizieren. Unter dem Eindruck der Gefahren für die natürliche und soziale Umwelt und unwägbarer Risiken, die mit der Einführung einiger neuer Techniken verbunden sind, ist diese Bewegung der Enge marxistisch inspirierter Kapitalismuskritik entwichen: Sie richtet sich gegen inhumane Auswirkungen eines gesellschaftlich unkontrollierten Wachstums der Produktivkräfte selbst.

Neuere Umfragen zeigen, daß schon jetzt eine Mehrheit der Bevölkerung den herkömmlichen technisch-ökonomischen Fortschritt mit Skepsis betrachtet. Daß der technische Fortschritt die Menschen freier mache, glauben nach einer Umfrage aus dem Jahre 1980 nur 33% der Befragten. 56% vertreten dagegen die Ansicht, der technische Fortschritt führe zu mehr Unfreiheit.

Dieser Auffassungswandel hat seinen auffälligsten Niederschlag in der Ökologie- und Alternativbewegung gefunden. Auch in den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hat ein Umdenken begonnen. Es ist bemerkenswert, daß das gegen Ende der 60er Jahre in den Gewerkschaften und in der SPD einsetzende stärkere Interesse an der Humanisierung der Arbeitswelt nicht durch die erhöhte Arbeitslosigkeit verdrängt wurde. Vielmehr geht aus Umfragen eindeutig hervor, daß die Qualität der Arbeit im Vergleich zu ihren quantitativen Aspekten (Entlohnung usw.) im Bewußtsein der Arbeitnehmer kontinuierlich und offenbar unbeeinflusst von wirtschaftlichen Schwierigkeiten an Bedeutung gewinnt. Darüber hinaus

wächst das Interesse an einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit.

Gleichzeitig verstärkt sich in manchen Fällen die Notwendigkeit, in anderen Fällen auch das Bedürfnis, sich zunehmender Abhängigkeit von Fremdleistungen wenigstens teilweise zu entziehen. Es verbreitet sich die Einsicht, daß ein weiterer Rückgang der Selbsthilfekompetenz und ein noch stärkeres Angewiesensein auf kommerzielle oder staatliche Leistungen die Selbstentfaltungschance des einzelnen eher mindert. Selbermachen wird in den verschiedensten Formen wieder attraktiv. Hier und da tritt Eigenarbeit und freiwillige gegenseitige Hilfe wieder an die Stelle des Kaufens und Konsumierens fremder Leistungen.

Diese und andere Ausdrucksformen einer grundsätzlicheren Kritik unserer Arbeits- und Wirtschaftsordnung verfolgen teilweise dasselbe Ziel einer an den menschlichen Bedürfnissen orientierten Wirtschaftsverfassung, dem auch die sozialistische Arbeiterbewegung nachstrebt. Auch wir müssen uns heute fragen, ob eine Fortsetzung des Weges der Industriegesellschaft ohne entscheidende Korrekturen noch zu den humanen Zielen führen kann, um deretwillen wir ihn eingeschlagen haben. In einigen Bereichen wird schon heute deutlich, daß wir humanen Fortschritt in Zukunft nur dann werden erzielen können, wenn die Richtung der technisch-ökonomischen Entwicklung geändert wird.

Freilich wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, den Weg der Industriegesellschaft insgesamt als einen Fehler der neuzeitlichen Entwicklung zu beklagen und einen romantischen Rückfall in die angebliche Idylle vorindustrieller Zeiten zu propagieren. Es war die durch die moderne Technik ermöglichte industrielle Entwicklung, die für die große Mehrheit der

Menschen in unserer Gesellschaft mehr Existenzsicherheit, Freiheit und Gleichheit möglich gemacht hat.

Die materiellen Voraussetzungen für die Selbstentfaltung der ungeheuren Mehrzahl der Menschen unserer Gesellschaft wäre ohne die enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Technik und Industrie nicht vorhanden. Die Netze sozialer Sicherung, die für die große Mehrzahl der Menschen in unserer Gesellschaft Freiheit von Not und sozialer Angst bewirkten, konnten nur auf dem Boden der industriellen Leistungsgesellschaft geknüpft werden.

Es wäre auch ein Irrtum zu meinen, die industrielle Entwicklung habe zu ärgeren Zwängen geführt, als sie das menschliche Leben zuvor bedrückt haben. Immerhin war es der technisch-industrielle Fortschritt, der Wesentliches zum Abbau der menschlichen Abhängigkeit von der Übermacht unberechenbarer Naturgewalten beigetragen hat. Auch die Befreiung aus der Abhängigkeit von manchen Zwängen traditioneller Lebensformen ist erst durch die Industriegesellschaft möglich geworden.

Wer die technisch-industriellen Grundlagen unserer Lebensform angesichts mancher ihrer inhumanen Auswüchse und Folgen pauschal in Frage stellen wollte, käme einem humaneren Leben nicht näher. Er würde dessen Grundvoraussetzungen erschüttern. Es kommt daher auf eine differenzierte Entwicklung technisch-industrieller Möglichkeiten an. Maschinenstürmerei ist ebenso abwegig wie naiver Technikglaube.

1. Ansätze zu einer menschlicheren Arbeits- und Wirtschaftsordnung

In der Arbeitswelt sind wir Zeugen vielfältiger praktischer Initiativen, die auf menschenwürdigere, weniger hierarchische, monotone und fremdbestimmte Formen des Arbeitens und der Arbeitsorganisation hinzielen. Selbstbewußter gewordene Arbeiter und Angestellte lehnen sich gegen autoritäre und stumpfsinnige Strukturen auf und entwickeln eigene Initiativen zu deren Veränderung. Mißstände der herrschenden Arbeits-, Unternehmens- und Wirtschaftsordnung werden zunehmend kritisiert.

Großindustrie und Großtechnologien behaupten weiterhin ihren Vorrang in unserem Wirtschaftsleben. Es vermehren sich aber auch die Zweifel an ihrem uneingeschränkten Wert. Sowohl ihre hierarchischen Folgen für die innere Arbeitsorganisation als auch ihre äußeren Auswirkungen werfen die Fragen nach den Grenzen sinnvollen Wachstums auf. Der Nutzen großer Chemie- und Ölkonzerne, (nuklearer) Großkraftwerke, riesiger Autobahnssysteme und Wohnmaschinen, immer aufwendigerer Autoproduktion und chemisierter Agrarwirtschaft für die allgemeine Lebensqualität steht heute zur Diskussion.

Auch die gewinngesteuerte marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung insgesamt sieht sich zunehmender ökologischer Kritik ausgesetzt – nicht im Sinne pauschaler Systemüberwindung, wohl aber in Gestalt einer wachsenden Ablehnung energieverwendender Geräte und Fahrzeuge, schnell verschlissener Wegwerfprodukte und insgesamt einer allein auf Wachstum gerichteten Entwicklung, die unsere Lebensqualität nicht mehr verbessert, sondern in vieler Hinsicht verschlechtert.

Auf einige bemerkenswerte Initiativen und Entwicklungen sei im folgenden hingewiesen:

– Seit den 60er Jahren bemühen sich Arbeitnehmer in allen Industrieländern verstärkt um direkte Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. Sie erwarten Arbeitsplätze, die Kreativität und Verantwortung fördern, soziale Kontakte und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, eine Anreicherung der Arbeitsinhalte, die Sicherung und Verbesserung der Qualifikationen, den Abbau von Kontrollen und Hierarchien ermöglichen. Eine wirksamere Einflußnahme der Arbeitnehmer auf die Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz setzt voraus, daß Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung geändert werden, um nervtötende, stumpfsinnige und monotone Tätigkeiten abzuschaffen, die die Eigenständigkeit und das Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer untergraben. Auch wenn viele Initiativen ihre Grenzen an den Bedingungen des konkurrenzwirtschaftlichen Systems fanden, unterstreichen die Konzepte der „größeren“ und „reicheren“ Arbeitsaufgaben die Notwendigkeit, die Humanisierung der Arbeit nicht auf den Abbau von körperlichen Belastungen und gesundheitlichen Gefahren zu beschränken, sondern dem wachsenden Bedürfnis der Arbeitnehmer zu entsprechen, nicht erst in der Freizeit, sondern auch am Arbeitsplatz die Entfaltungschancen der Menschen zu verbessern.

– Neben dem Ausbau des Systems der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, das die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz verbessert, hat sich als wichtiger Ansatzpunkt, die Arbeitsinhalte anzureichern und Raum für mehr Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungsfreiheit zu schaffen, die Einführung von „teilautonomen Gruppen“ erwiesen. Voraussetzung ist und bleibt aller-

dings, daß die allgemeinen Informations-, Beratungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen durch Gruppenarbeit nicht unterlaufen, sondern wirksam ergänzt werden.

Extreme Formen der Fließbandarbeit und andere Auswüchse der Arbeitszerlegung nach dem Prinzip des Taylorismus stoßen auch unter dem Gesichtspunkt der Produktivitätssteigerung an ihre Grenzen. Darum reagiert das Management heute flexibler auf Widerstände und Forderungen der Arbeitnehmer, die sich gegen die alten Strukturen auflehnen. In den USA waren es Manager, die – um Revolten gegen die Arbeitsmonotonie entgegenzuwirken – die Arbeit in größeren, selbständigeren und abwechslungsreicheren Formen zu organisieren begannen. In Skandinavien waren es Gewerkschafter, Wissenschaftler und Politiker, die das Konzept der teilautonomen Arbeitsgruppen entwickelten und an konkreten Beispielen eindrucksvoll als praktikabel demonstrierten.

– In einigen Ländern entwickelt sich eine vor allem von den Besserverdienenden getragene Bewegung für flexiblere Arbeitszeit: Auf einer gewissen Höhe der materiellen Einkommenssicherung setzt der viel diskutierte „Wertwandel“ ein, der die Arbeitenden veranlaßt, anstelle von mehr Geld mehr Freizeit für eigene kreative Tätigkeiten zu fordern. Hierzu gehört der Wunsch nach individuellen Arbeitsverträgen mit geringerer und teilweise selbst festgelegter Arbeitszeit ebenso wie nach Zwischenphasen der Aus- und Weiterbildung. Verstärkte Autonomie über das persönliche Zeitbudget brachten z. B. auch die in großem Ausmaß eingeführten Gleitzeitsysteme, die an die Stelle von vor zehn oder fünfzehn Jahren als unverzichtbar angesehenen militärähnlichen Disziplinierungsformen getreten sind.

– In zunehmendem Maße fordern Gewerkschaften (oder einzelne Gruppen in den Gewerkschaften) die Abkehr von einer Tarifpolitik der prozentualen Einkommenssteigerungen, durch die bekanntlich die Kluft zwischen den gut und schlecht Verdienenden immer größer wird. Statt dessen soll eine Tarifpolitik der Sockel- und Fixbeträge betrieben werden, durch die sich allmählich eine (durch keinerlei Leistungsprinzip mehr zu rechtfertigende) Scherenbildung in der Einkommenshierarchie abbaut. Insbesondere in der vor uns liegenden Wirtschaftsentwicklung mit voraussichtlich sehr geringen Wachstumsraten gewinnt eine Einkommenspolitik der festen Sockelbeträge zentrale gesellschaftspolitische Bedeutung, da die Situation des unteren, an der Armutsgrenze existierenden Drittels der Einkommensbezieher nicht länger durch die Hoffnung auf ständige allgemeine Steigerung der Realeinkommen erträglich gemacht werden kann.

– In den Gewerkschaften gibt es seit längerem Ansätze einer Hinwendung zu qualitativen Forderungen in der Tarifaufeinanderersetzung: Mindestinhalte der einzelnen Arbeiten, Arbeitspausen, Einkommensgarantie für ältere Arbeitnehmer. Darüber hinaus verstärkt sich auch die Kritik an Lohngruppen- sowie Akkordsystemen, die eine unmenschliche Leistungskonkurrenz und Entsolidarisierung unter den Arbeitenden fördern. Als Alternative wird ein – so wenig wie möglich differenzierter – garantierter Monatslohn für alle vorgeschlagen und hier und da auch schon praktiziert.

– Überall in Westeuropa beobachten wir eine Wiederaufnahme frühsozialistischer Versuche von Arbeitenden (und Arbeitslosen!), an die Stelle fremdbestimmter, kapitalabhängiger Arbeit selbstorganisierte, genossenschaftliche Unternehmensformen zu setzen: in der Landwirtschaft, in Dienstleistungsbereichen (das vor-

bildlichste Beispiel ist hier das schon seit fast 10 Jahren bestehende Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke) – aber auch in nicht allzu kapitalintensiven Produktionsbereichen wie Druckereien, Verlagen etc.

– Wachsende Minderheiten entwickeln für sich und ihre Familien, Wohngemeinschaften etc. eine Integration von Arbeits- und Lebenskultur: ein alternatives Konzept des Verhältnisses von Arbeit und Freizeit. Während sie auf der einen Seite den Abbau von Streß, Monotonie und Fremdbestimmung an ihrem Arbeitsplatz fordern, bemühen sie sich gleichzeitig, durch Eigenarbeit in der freien Zeit ihren materiellen Lebensstandard zu verbessern und gleichzeitig den Bereich selbstbestimmter Arbeit in ihrem Leben zu vergrößern. Nicht nur durch „materielle“, sondern auch durch soziale Tätigkeiten und Bildung erhöhen viele die Qualität ihres Lebens. Solche Eigenarbeit hat nichts zu tun mit „Schwarzarbeit“, die gegen Lohn verrichtet wird und nicht zuletzt der Steuerhinterziehung dient.

In der Arbeiterbewegung beginnt man, sich wieder mit solchen konstruktiven Ansätzen zu beschäftigen. Es geht darum, solche Versuche kritisch zu überprüfen und sich das davon zu eigen zu machen und zu fördern, was bessere Chancen des Lebens und Arbeitens, der gesellschaftlichen Partizipation, der schöpferischen Mit- und Selbstbestimmung ermöglichen kann. Dem Anspruch, den Demokratischen Sozialismus als „dauernde Aufgabe“ aufzufassen, werden wir nur gerecht, wenn wir in veränderter Zeit und angesichts sich ändernder Bedürfnisse auch unsere Konzepte überprüfen. Wir müssen heute die Ansätze einer an den Grundwerten eines humanen Lebens orientierten Arbeitsorganisation und Ökonomie ernst nehmen und uns an deren Entwicklung maßgebend beteiligen.

Dabei können uns auch Lösungen, die nicht generalisierbar sind, wichtige Hinweise geben.

2. Kritik an lebensfeindlichen Auswüchsen des industriellen Systems

Unsere Wirtschaftsordnung steht unter dem Primat profitabler Massenproduktion. Die Unternehmensleitungen verfolgen in der Regel das Ziel, den gewinnbringenden Ausstoß an Gütern und Dienstleistungen zu maximieren und die Kosten zu minimieren. In der herrschenden ökonomischen Theorie und in den landläufigen Auffassungen von vernünftigem Wirtschaften hat sich diese Praxis in der Vorstellung niedergeschlagen, daß es in der Ökonomie vor allem darauf ankomme, die Masse der erzeugten Güter und Dienstleistungen zu vermehren, und daß Fortschritt vornehmlich in der Erzeugung von immer mehr und immer neuen Konsummöglichkeiten wie auch von immer neuen Konsumwünschen bestehe. Sparsamkeit bei der Erzeugung der Güter geht Hand in Hand mit Verschwendung bei ihrem Gebrauch.

Heute wird immer deutlicher, daß als Folge solcher Verschleiß- und Verschwendungsproduktion Nachteile entstehen, welche die Vorzüge des Industriesystems in vielerlei Hinsicht relativieren: Die Steigerung der Produktion wird zunehmend mit unverantwortbarem Raubbau an Energie, Ressourcen und Arbeitskraft erkauft. Damit wird die traditionelle Kapitalismuskritik der Arbeiterbewegung nicht beiseitegeschoben, sie wird um eine bislang vernachlässigte Dimension erweitert. Zur Anklage wegen der inhumanen Krisen-, Ausbeutungs- und Entfremdungstendenzen kommt die Anklage wegen der existenzbedrohenden Plünderung unseres Planeten hinzu. Diese Kritik trifft freilich nicht nur die kapitalistischen, sondern

ebenso die staatswirtschaftlichen Industriesysteme, die, da die Betroffenen sich kaum wehren können, noch hemmungsloser als die privatwirtschaftlichen Systeme Ressourcen und Umwelt zerstören.

Die Arbeiterbewegung bleibt ihrem Ursprung treu, wenn sie die ökologische Kritik an gravierenden, dem westlichen und dem östlichen Wirtschaftssystem gemeinsamen Fehlentwicklungen ernst nimmt. Diese Kritik gibt uns Hinweise darauf, wie der Weg zu einer humanen und ökologisch vernünftigen Wirtschaftsordnung und Technik gefunden werden kann. Bei allen realen und ideologischen Differenzen haben die beiden Wirtschaftsordnungen, die sich als welthistorische Alternativen präsentieren, eine ganze Reihe fragwürdiger Gemeinsamkeiten: oft unqualifizierte Massenproduktion, übertriebene, u.a. geographische Trennung von Produktion und Konsum, auch wo sie ökonomisch sinnlos wird, exzessive Arbeitszerlegung, fortschreitende Zentralisierung und Hierarchisierung, Dominanz quantitativer Kriterien, überhöhter Energieverbrauch und steigende Umweltbelastung, wachsende Abhängigkeit der Menschen von Fremdleistungen und anonymen Leistungssystemen und damit zusammenhängend; fortschreitender Verlust der Selbsthilfekompetenz, zunehmende Störanfälligkeit der komplizierten technisch-ökonomischen Apparate.

Alle diese Defizite hängen zusammen mit dem immer stärker gewordenen Trend der gegenwärtigen Industriesysteme, mit Hilfe hoher Zentralisation und tayloristischer Zerlegung der Arbeit, aber auch mit Hilfe einer auf raschen Verschleiß orientierten Produktionsgestaltung billige, gewinnbringende Massenproduktionen zu entwickeln. Im blinden Eifer, den Kapitalismus – nicht zuletzt im Welthandel! – einzuholen und zu überholen, haben die staatswirt-

schafflichen Industriesysteme die privatwirtschaftliche Produktions- und Arbeitsweise nachgeahmt – bar jeder eigenständigen sozialistischen Werthaltung gegenüber dem Sinn von Arbeit, Produktivität und Konsum. Infolge dieser u. a. im destruktiven Konkurrenzkampf der Unternehmen und Nationen begründeten Entleerung und Entfremdung des Arbeitslebens wird Lebensfreude – oder Entschädigung für die sinnentleerte „Maloche“ – nur noch im meist rein konsumptiven Freizeitgenuss gesucht. Eine Zerteilung des Lebens ist die Folge: Ein weithin ungeliebtes, als Fron empfundenes Arbeitsleben („eine Zeit, die wir eigentlich aus unserem Leben streichen müssen“, wie ein Arbeiter sagte) – und eine Freizeit, wo man, freilich meist passiv, konsumierend, sein Leben zu genießen versucht. Auch wenn diese Zerteilung des Lebens für die meisten Arbeitenden nicht aufhebbar ist, so gilt es doch, sie nach Möglichkeit zu mildern.

Immer mehr Menschen wehren sich gegen diese Zerteilung ihrer Existenz, ebenso wie gegen die Zerstörung einer menschenwürdigen Umwelt durch einen weitgehend dem Selbstlauf überlassenen Industrialismus. Diese neuen Grundimpulse gilt es, nicht ohne kritische Nüchternheit, aber verständnisvoll aufzunehmen und zu verarbeiten.

Die Auseinandersetzung um eine den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der ökologischen Vernunft angemessene Form des Arbeitens und Wirtschaftens ist immer auch eine Auseinandersetzung um die Werte, um das Menschenbild, an denen eine Gesellschaft sich orientiert. Der vom homo oeconomicus wegführende Wertewandel entspringt zum Teil einem legitimen Widerwillen gegen eine als sinnlos erlebte Rolle, sei es in der extremen Arbeitszerlegung, sei es in der Produktion von Wegwerferzeugnissen.

3. Für eine neue Wirtschafts- und Arbeitsordnung

Wir haben bereits geschildert, daß dieser Wertewandel auch gefährliche egozentrisch-narzißtische Tendenzen einschließt. Die darin zum Ausdruck kommende Neigung, sich sozialen Verpflichtungen und schließlich der Gesellschaft überhaupt zu verweigern, kann aber nur aufgefangen werden, wenn die für den wirklichen gesellschaftlichen Fortschritt unmittelbar verantwortlichen Kräfte die positiven Wandlungstendenzen der Lebensorientierung aufgreifen.

In wachsendem Maß lehnen sich Menschen auf gegen den ständigen Druck zu Anpassung an immer perfektere technische Systeme, gegen die Undurchschaubarkeit unserer Institutionen, gegen die Naturferne des modernen Lebens, gegen die Unwirtlichkeit vieler unserer Städte, gegen die Kälte im sozialen Leben und die seelischen Störungen durch gesellschaftliche Zwänge. Immer mehr Menschen suchen nach Möglichkeiten sinnvoller Betätigung und befriedigender Sozialbeziehungen im überschaubaren Rahmen kleiner Produktions- und Lebensheiten. Vielen jungen Menschen erscheinen heute handwerkliche Produktionsformen und bäuerliche Subsistenzwirtschaft – trotz der damit verbundenen erheblichen Mühen – eher als erfüllende Tätigkeiten denn die übliche Fabrik- und Büroarbeit. Darin steckt ein Gutteil romantischer Flucht aus der Wirklichkeit. Manchmal werden dabei auch materielle Sicherungen (Sozialhilfe, Wohngeld, Bafög, Unterstützung durch die Eltern) sehr unbekümmert in Anspruch genommen.

Eine Wirtschafts- und Arbeitsordnung, die den Menschen ein möglichst hohes Maß an individueller Entfaltung und sinnvoller Tätigkeit bietet, muß

– Formen der Existenzsicherung schaffen, die der Würde des Menschen entsprechen, statt

ihn permanenter Existenzbedrohung (bis hin zur Arbeitslosigkeit) auszusetzen,

– die Endlichkeit der natürlichen Lebensgrundlagen beachten, statt diese in einem blinden Produktions- und Produktivitätsstreben zu zerstören.

Zur Verwirklichung dieser Grundforderungen ist es notwendig, die wirtschaftliche Fortentwicklung zu sichern, gemeinschaftszerstörende Konkurrenz zugunsten kooperativer und solidarischer Formen des Zusammenwirkens abzubauen, die ungerechtfertigten Macht-, Besitz- und Einkommensvorsprünge zu beseitigen und die Folgen der Wirtschaftstätigkeit für die soziale Umwelt des Menschen zu berücksichtigen. Die Endlichkeit der natürlichen Lebensgrundlagen macht es notwendig, den „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur“ und damit auch die gesamte Wirtschaftstätigkeit den natürlichen Bedingungen menschlichen Lebens auf der Erde anzupassen.

Die Forderung des Godesberger Programms der SPD nach einer „neuen Wirtschafts- und Sozialordnung“ muß unter Berücksichtigung sich verschärfender ökologischer Probleme und einer ersten wirtschaftlichen Krisenperiode teilweise neu bestimmt werden. Vor allem aber muß unter den veränderten Bedingungen nach Wegen gesucht werden, auf denen auch angesichts der verfestigten Machtstrukturen unserer Gesellschaft eine Durchsetzung dieser Forderungen erreicht werden kann.

Eine Neuakzentuierung der technisch-ökonomischen Ziele im Hinblick auf die Herstellung einer menschengerechten sozialen und natürlichen Umwelt ist ohne organisatorische Veränderungen der Unternehmens- und Wirtschaftsverfassung nicht durchsetzbar. Sowohl auf der einzel- wie auf der volkswirtschaftlichen

Ebene gilt es, vom Leitbild bloßer Produktionsmaximierung und eines daraufhin verkürzten Rentabilitätsdenkens abzukommen, um einem komplexen Zielbündel Geltung zu verschaffen.

a) Angesichts zunehmender ökologischer Krisen und der Gefahr langfristiger Arbeitslosigkeit kommt es darauf an, eine Wirtschaftsordnung zu fördern, die den beiden Zielen

- der Vollbeschäftigung und
- des ökologischen Gleichgewichts

gerecht wird. Das schließt das Festhalten an einem undifferenzierten Wachstumspostulat ebenso aus wie eine Festlegung auf Nullwachstum.

Wir müssen langfristig eine Wirtschaft anstreben, in der nicht mehr an Energie und Ressourcen verausgabt wird als durch Regeneration und ökologisch verantwortbare Innovation wiederhergestellt werden kann.

Zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung ist es zugleich notwendig, sowohl in ökologisch verantwortbarer oder gar nützlicher Form die Nettoinvestitionen nach Möglichkeit auszubauen, als auch die Arbeitszeit systematisch zu reduzieren. Um diese Ziele zu erreichen, sind folgende allgemeine Maßnahmen notwendig:

– regionale und gesamtgesellschaftliche Planung mit dem Ziel, Orientierungsdaten für Forschung und Entwicklung, Investitionsschwerpunkte, Raumplanung, Städtebau, Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik vorzulegen. Dazu gehört vor allem auch die

– Erarbeitung zuverlässiger Daten über die ökologischen und sozialen Auswirkungen der

Wirtschaftstätigkeiten und über die Gefahren technischer Systeme;

– Steuer- und Finanzpolitik im Dienste der in der Planung entwickelten Ziele; Ausbau entsprechender Rechtsvorschriften, DIN-Normen usw., verbunden mit wirksamen Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten;

– Veränderung der Unternehmenspolitik durch die Verpflichtung der Unternehmen auf die sogenannten Ziele.

– Wesentliche Erweiterung der seit 1973 in Gang gesetzten Forschungs- und Entwicklungsprogramme zur Humanisierung der Arbeit bei gleichzeitiger wesentlicher Kompetenzerweiterung der Betriebsräte und der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer (z. B. durch entsprechende Novellierung der §§ 90/91 BetrVG im Sinne echter Mitbestimmungs- und neuer Initiativrechte).

Es sind also Formen der Planung und Investitionslenkung zu entwickeln, die auf Energieersparnis, ökologisch sinnvolle Produktgestaltung, Dezentralisierung von Industrieansiedlungen – vor allem aber auf systematische Arbeitszeitanpassung – hinzielen.

Zweifellos bleibt für die große Mehrheit der Menschen auch weiterhin die Sicherung eines Arbeitsplatzes mit Abstand die wichtigste Aufgabe staatlicher und gewerkschaftlicher Politik. Es beginnt sich aber seit einigen Jahren die Einsicht durchzusetzen, daß eine die ökologischen und sozialen Folgen außer acht lassende Wachstumsförderung, wie sie lange betrieben wurde, Vollbeschäftigung nicht wird herstellen können. In dem Maße, in dem es gelingt, die Arbeitslosigkeit durch systematische Verkürzung der Arbeitszeit zu verringern, läßt der Zwang zum Wachstum um jeden Preis nach.

Da es bei faktisch weltweit sinkenden Wachstumsraten ohnehin immer unwahrscheinlicher wird, daß sich das Problem der Vollbeschäftigung lösen läßt durch Investitionsförderung um jeden Preis (nicht zuletzt um den Preis gefährlich werdender Staatsverschuldung), sollte die Sozialdemokratie die Gewerkschaften bei ihrem Tarifikampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit Entschiedenheit unterstützen. Wo Arbeitszeitverkürzung ökonomisch nötig wird, nimmt die Bedeutung der Eigenarbeit zu. Eigenarbeit kann die Abhängigkeit von Fremdleistungen vermindern, Reparatur und Wiederverwendung an die Stelle des Wegwerfens setzen. Arbeit für den eigenen Verbrauch und Gebrauch kann Selbstbewußtsein stärken, Arbeit als Nachbarschaftshilfe kann soziale Beziehungen verbessern. Eigenarbeit wirkt auch der Entfremdung der Arbeit entgegen.

Die offenbare Unzulänglichkeit des gesamtwirtschaftlichen Maßstabes „Bruttosozialprodukt“ ließ Wissenschaftler in aller Welt an Katalogen sogenannter Sozialindikatoren arbeiten. Die Nichtberücksichtigung der „externen Effekte“ in der betriebswirtschaftlichen Bilanz inspirierte Versuche mit sogenannten „Sozialbilanzen“. Auch der Orientierungsrahmen '85 der SPD weist in diese Richtung, wenn er einen gewandelten „Rentabilitätsbegriff“ für notwendig erklärt.

b) Strategien der Dezentralisierung

Unter den beiden Gesichtspunkten, dem der Erhaltung der ökologischen Basis des menschlichen Lebens und dem der Erweiterung der Möglichkeiten, die Industriearbeit sinnvoll zu gestalten, ist eine teilweise Dezentralisierung unserer technisch-ökonomischen Einheiten erforderlich. Dies betrifft den Abbau der regionalen Konzentration von Produktions- und sonstigen Arbeitsstätten derselben Branche, wo die Standortbedingungen eine weitere Streuung zu-

lassen, in bestimmten Fällen auch die Entflechtung industrieller Giganten und die bewußte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Maßnahmen dieser Art können den Bedarf an Transporten und die Belastung der Umwelt erheblich verringern, die Anwendung umweltfreundlicher und menschengerechter Technik erleichtern, die Produktion enger mit den Bedürfnissen der Verbraucher verkoppeln, die Verwundbarkeit der Gesellschaft und damit den Aufwand für Sicherheitsmaßnahmen verringern und die Überschaubarkeit der Wirtschaftsprozesse verbessern. Auf diesem Wege werden die Möglichkeiten konkreter Mitbestimmung und Selbstorganisation der Arbeitenden und anderer gesellschaftlicher Gruppen erweitert.

Wo dies ohne ökonomische Nachteile möglich ist, sollte in Zukunft mit lokal oder regional verfügbaren Ressourcen für lokale oder regionale Abnehmer produziert werden. Auf diese Weise könnten auch Formen der Güterherstellung und Dienstleistung wieder vermehrt zur Geltung kommen, die den Abbau exzessiver Formen der Arbeitsverteilung eher ermöglichen als die großindustrielle. Maßnahmen der Dezentralisierung machen zugleich auch eine Korrektur des technologischen Entwicklungstrends notwendig. Statt immer größere und komplexere Apparaturen zu entwickeln, muß Erfindergeist vor allem auf die Entwicklung und Verbesserung relativ einfacher, energiesparender, leicht und vielseitig von kleinen Gruppen handhabbarer Technik konzentriert werden. Zwar wäre es falsch, dem unreflektierten Streben nach immer größeren Einheiten einen Dogmatismus der Kleinheiten entgegenzustellen. Aber ohne eine Reduzierung der Größen können die sozialen und ökologischen Probleme, denen wir uns ausgesetzt sehen, nicht gelöst werden.

c) Demokratisierung der Unternehmensverfassung

Die Reform der Unternehmensverfassung halten wir in diesem Zusammenhang für besonders bedeutsam, da sie den Zwang zur Integration der verschiedenen in den Wirtschaftszielen genannten Gesichtspunkte in die einzelwirtschaftlichen Einheiten verlegt und somit einer weiteren Bürokratisierung entgegenwirkt, die Probleme der Informationsbeschaffung und -verarbeitung reduziert und die je besonderen Lösungen aufgrund lokaler, regionaler oder branchenspezifischer Eigenheiten eher gestattet.

Die im sozialdemokratischen (Godesberger) und im DGB-Grundsatzprogramm geforderte Demokratisierung der Unternehmensverfassung, insbesondere durch gleichberechtigte Mitbestimmung der Beschäftigten und wirksame Kontrolle unternehmerischer Macht, bleibt auch unter ökologischen Gesichtspunkten eine unabdingbare Forderung. Der Orientierungsrahmen '85 weist darauf hin, daß durch „Veränderungen in den einzelnen Wirtschaftseinheiten“ (Mitbestimmung, Vergesellschaftung) ein gewandelter Erfolgsmaßstab „ohne ein Übermaß an Geboten und Verboten“ wirksam werden könne (OR '85, 2.6.4.)

Ernsthafter Prüfung bedürfen dabei zusätzliche Vorschläge für die Einbeziehung von Vertretern der Gebietskörperschaften in den Mitbestimmungsprozeß. Sorgfältiges Studium verdienen ferner die Versuche, Unternehmensformen, die sich in kleineren Einheiten auf der Basis von Gleichheit selbst verwalten, theoretisch und praktisch anzuerkennen.

Wenn auch diese Versuche keineswegs in jeder Hinsicht überzeugend sind und sicher keine Alternative zum industriegesellschaftlichen System insgesamt darstellen, so zeigen sie doch, daß insbesondere in der Jugend das Bedürfnis

nach unentfremdeter Arbeit an Bedeutung gewinnt und die Bereitschaft, auch aus ökologischen Einsichten praktische Schlußfolgerungen für das eigene Leben zu ziehen, wächst. Wo sie eine gesunde Grundlage haben, sollte die Sozialdemokratie alles tun, um die Lebensfähigkeit solcher selbstorganisierten und selbstverwalteten genossenschaftlichen Unternehmensformen – auch durch eine wesentliche Verbesserung des Genossenschaftsrechts – zu stärken.

d) Förderung von Strategien zur Humanisierung der Arbeit

Zu den wichtigsten neuen Grundimpulsen im ökonomischen Bereich gehören zahllose, vor einem Jahrzehnt meist noch für unrealisierbar gehaltene, inzwischen erfolgreich erprobte Versuche, Arbeit weniger repressiv zu gestalten und demgemäß Arbeitsplätze, -abläufe, -kontrollen, und nicht zuletzt Arbeitszeiten stärker den menschlichen Bedürfnissen nach Einkommensgerechtigkeit, Abwechslung (bei wechselnder Leistungsfähigkeit) gesunder Körperhaltung, eigener Zeiteinteilung, Selbstbestimmung, Kreativität und Muße anzupassen.

Es darf aber nicht verkannt werden, daß alle diese Ansätze (einschließlich einer „qualitativ“ orientierten neueren Tarifpolitik) immer noch Ausnahmen bilden von einer in der Regel nach wie vor – selbst unter kapitalistischen Bedingungen – unnötig inhumanen Arbeitsorganisation. Sozialdemokratische Programmatik und Politik muß alles daransetzen, hier eine weitaus allgemeinere Bewußtseins- und Verhaltensänderung in Gang zu bringen.

Dazu ist nötig:

– **Konzentrierte Bemühungen der Arbeiterbewegung, weitere Gesetze und Tarifverträge zur Humanisierung der Arbeit durchzusetzen, vorhandene Modelle mit allen gewerkschaftli-**

chen, politischen und publizistischen Mitteln zu unterstützen und nicht zuletzt: selbst in ihren eigenen Verwaltungen und (ihr nahestehenden) Betrieben Modelle humanerer Arbeits(zeit)gestaltung zu verwirklichen. Ein Ausbau des Forschungs- und Entwicklungsprogramms „Humanisierung der Arbeit“ sollte wesentlich der nachhaltigen Förderung solcher mit- und selbstbestimmter Modelle der Arbeitshumanisierung dienen.

– Eine „Deklaration der Rechte der Arbeitenden“, in der modellhaft längst erprobte Möglichkeiten, Arbeitsorganisation menschlicher zu gestalten, zu einer integralen Demokratischen Verfassung der Arbeit zusammengefaßt werden. Einer solchen Deklaration käme ein ähnlicher Rang zu, wie er seit dem 18. Jahrhundert der Deklaration der Menschenrechte zukommt. Hauptprinzipien einer solchen Freiheitsdeklaration wären

– **Existenzsicherung:** Befreiung der arbeitenden Menschen von der Angst um den Arbeitsplatz

– **Gerechtigkeit:** Abbau von Einkommensunterschieden

– **Freie Entfaltung der Persönlichkeit:** möglichst weitgehende Reduzierung der Fremdbestimmung im Arbeitsprozeß, freiere Arbeitszeitwahl, möglichst selbstverantwortliche Arbeits-(Gruppen)gestaltung und möglichst umfassende Arbeitsaufgaben, Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in überbetrieblichen Organen der Wirtschaft

– **Körperliche Unversehrtheit:** Beseitigung gesundheitschädlicher Arbeitsbedingungen, die durch das Interesse an maximaler Profiterzeugung geschaffen wurden.

– **Solidarität:** die Arbeit soll im Einklang mit den Lebensinteressen und den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft stehen. Sie darf nicht der Befriedigung oder Anregung einer sinnlosen und verschwenderischen Konsumsucht dienen.

Wir haben dargestellt, wie in Teilen der jungen Generation und in der alternativen Bewegung seit einigen Jahren der Wille gewachsen ist, zur Regelung der eigenen Angelegenheiten selbst oder in selbstgewählten Gemeinschaften mit anderen tätig zu werden. Bürokratisch reglementierende Fürsorge des Sozialstaates wird von vielen als ein Hemmnis bei der Entfaltung eigener Initiative erfahren. Die Institutionen der repräsentativen Demokratie mit ihren oft indirekten Entscheidungswegen und geordneten Verwaltungsverfahren werden von vielen nicht als Einladung, sondern als Hindernis politischer Eigeninitiative erfahren. So entstanden:

– Neue Formen selbstorganisierter Sozialhilfe.

– Neue Zusammenschlüsse zu Arbeits- und Wohngemeinschaften, in denen gemeinsame Probleme in eigener Initiative der Beteiligten gemeinsam gelöst werden.

– Zahllose Bürgerinitiativen, in denen betroffene Bürger die Regelung der Probleme ihrer Wohnumwelt selbst in die Hand nahmen und oft ohne oder gegen Verwaltungen und Repräsentativorgane Erfolge erzielten.

Solche Betätigungen von Bürgern in selbstverantworteter Praxis sind zur Ausfüllung einer sozialen Demokratie unerlässlich. In diesem Sinne verdienen sie Schutz und Förderung durch die Institutionen der repräsentativen Demokratie und Unterstützung durch die jeweils betroffenen Verwaltungen. Die wachsende Bereitschaft zu eigener Verantwortung sollte begrüßt werden, weil sie einer vielfach vorhandenen Mentalität entgegen wirkt, die vom Staat alle Versorgung erwartet. Diese Bereitschaft zur Selbsttätigkeit und zum Verzicht auf den vor-schnellen Ruf nach der Hilfe des Staates ist sehr unterschiedlich motiviert und oft in sich widersprüchlich.

Insgesamt ist die Einstellung der hier betrachteten Teile der jüngeren Generation zu den Institutionen der repräsentativen Demokratie so vielfältig wie die Äußerungsformen der alternativen Bewegungen. Es gibt Gruppen, die durchaus auch alternative Inhalte der Politik mit Hilfe der bestehenden demokratischen Institutionen durchsetzen wollen, sei es innerhalb der bestehenden Parteien oder durch neue. Ihnen erscheinen weniger diese Institutionen fraglich, als vielmehr der politische Gebrauch, der heute von ihnen gemacht wird und die Zielsetzungen und Inhalte, die dabei verwirklicht werden.

Eine zweite Gruppe sieht die Durchsetzung alternativer Inhalte notwendig mit einer Abkehr von den Institutionen der repräsentativen Demokratie verbunden und sucht neue Organisationsformen. Ihnen schwebt eine Form von Basisdemokratie vor, bei der zwar der politische Gesamtzusammenhang der Gesellschaft erhalten bleiben soll, aber die zentralen Entscheidungsorgane und die heute herrschenden Formen der repräsentativen Demokratie zugunsten starker Dezentralisierung und direkter Beteiligung überwunden sein sollen. Das führt zu den widerspruchsvollen Versuchen, alternative Parteien derart zu gründen, daß sie zugleich Bestandteil des bestehenden politischen Systems sind und doch auch wieder in ihrem Selbstverständnis alternativ zu ihm sein sollen. Dies zeigt sich auch in der Forderung nach dem imperativen Mandat.

Die dritte Gruppe glaubt, durch eine gänzliche Ablehnung der Großorganisation und der demokratischen Institutionen die Unmittelbarkeit eines selbstbestimmten Lebens zurückzugewinnen. Sie sieht in jeder Form von zentraler Organisation, von Repräsentativität und von festen institutionellen Verpflichtungen eine Bedrohung für die Verwirklichung ihres Lebenszieles und ihrer eigenen Freiheit.

Die im folgenden vorgetragenen Besorgnisse und Argumente beziehen sich in erster Linie auf die Haltung dieser dritten Gruppe und teilweise auf bestimmte Denkmuster innerhalb der zweiten.

Verbreitet ist die Meinung, am besten erreiche man die nötigen Freiräume für das gewünschte alternative Leben und Arbeiten, wenn die parlamentarischen, bürokratischen und ökonomischen Strukturen soweit wie möglich ignoriert oder dadurch unterlaufen werden, daß man die eigenen Arbeits- und Lebensformen möglichst unverbunden mit ihnen aufbaut. Die Hoffnung, die eigenen Ziele auf dem Wege einer Mitarbeit in den bestehenden Institutionen verwirklichen zu können, die noch die außerparlamentarische Opposition der 60er Jahre kennzeichnete, hat in der alternativen Bewegung an Anhängern deutlich verloren. Die bestehenden Institutionen selbst werden für die Ursache des Übels gehalten, dessen Überwindung dringlich erscheint.

Eine Reaktion auf diese Einschätzung war auch die Gründung alternativer Parteien. Diese allerdings leiden unter der Schwäche, die sich aus der Ambivalenz innerhalb der alternativen Bewegungen selbst ergibt. Sie droht, das alternative parteipolitische Engagement zu zerstören. Aus Rücksicht gegenüber den antiparlamentarischen, basisdemokratischen Strömungen innerhalb ihrer Mitgliedschaft artikulieren diese Parteien häufig eine so distanzierte, nichts festlegende Haltung zur parlamentarischen Arbeit, daß sie darin bündnisunfähig und damit politikunfähig werden – was sehr bald dazu führen kann, daß ihre Wähler sich enttäuscht wieder von ihnen abwenden.

Im Gegensatz zur außerparlamentarischen Opposition der 60er Jahre mit ihrer Kritik an den Institutionen der parlamentarischen Demo-

kratie verfolgt der überwiegende Teil der alternativen Bewegung heute indessen nicht mehr das Ziel, diese Institutionen so zu verändern, daß ein eigenes Engagement in ihnen wieder lohnen könnte. An die Stelle der Perspektive des Marsches durch die Institutionen tritt mehr eine resignierte, mitunter haßerfüllte Abkehr von ihnen. Man will damit nichts zu tun haben. Ein ausgeprägter Anti-Institutionalismus beherrscht das Denken und Handeln eines größeren Teils der alternativen Bewegungen. Ihnen scheint, daß alleine schon die Mitarbeit in den Großorganisationen (z. B. Parteien und Gewerkschaften) und mehr noch in den staatlichen Institutionen (Parlamenten, Verwaltungen u. ä.) einer moralischen Korrumpierung gleichkomme, welche die von ihnen verfolgten Ziele diskreditieren müßte.

Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß – meist junge – Menschen in alternativen und grünen Parteien in einer Reihe von kommunalen und regionalen Parlamenten konstruktive, vorwiegend natürlich auf ökologische Zielsetzungen konzentrierte Beiträge zu liefern versuchen. Damit haben sich lokale und regionale Ansätze einer Reformpartei etabliert, die nach Meinung vieler Bürger Fragen zur Sprache bringen, die im bestehenden Parteiensystem der Bundesrepublik nicht ausreichend beachtet werden.

Wie Wahlergebnisse in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hessen und Berlin zeigen, stellen die parteipolitischen Anfangserfolge insbesondere für die SPD eine Herausforderung dar, der nur durch ernste, sachliche Auseinandersetzung, durch die Besinnung auf eigene Versäumnisse und die Bereitschaft zu bürgernaher Orientierung und Berücksichtigung ökologischer Fragen zu begegnen ist.

Allerdings versteht sich die „Graswurzeldemokratie“, die bei den Protestveranstaltungen

und bei der Regelung der eigenen Angelegenheiten von diesen Gruppen oft eindrucksvoll praktiziert wird, häufig nicht als Ergänzung oder Korrektiv zu den Institutionen der repräsentativen Demokratie, die den Zusammenhang der Gesellschaft insgesamt vermitteln. Sie versteht sich oft eher als Kampfansage gegen sie.

Dieser Anti-Institutionalismus verzichtet auf theoretische Fundierung ebenso wie auf den Entwurf praktikabler und begründeter Gegenmodelle. Er ist im wesentlichen emotional bedingt und daher im Dialog schwer zu erreichen.

Der gerade im politischen Bereich vorherrschenden Tendenz einer Flucht in die Überschaubarkeit entspricht die Unfähigkeit, jene institutionellen und organisatorischen Vermittlungen zu erkennen und zu akzeptieren, ohne die auch das eigene begrenzte alternative Experiment seiner Basis beraubt würde. Was an organisatorischen, verwaltungsmäßigen und institutionellen Voraussetzungen in jeder Großgesellschaft unabdingbar ist, um Leben überhaupt zu ermöglichen, wird von vielen Angehörigen der alternativen Bewegungen nicht mehr wahrgenommen.

Dabei ignorieren sie, daß sie selber vielfach Nutznießer der Freiräume und sozialen Sicherungen sind, die innerhalb der von ihnen abgelehnten Ordnung bestehen. So setzen sie ihre Kleinorganisation absolut, als könnte sie autark existieren. Die Versteifung auf die Unmittelbarkeit des überschaubaren Lebensbereiches führt nicht nur zu ernsthaften Widersprüchen im Zukunftsentwurf großer Teile der alternativen Bewegungen, sie kann auch politisch destruktive Folgen haben. Eine Reihe von Fragen, die von ihnen mit besonderem Nachdruck aufgegriffen werden, wie Umweltschutz, vernünftige Produktionskontrolle, kollektive

Verkehrsformen, lassen sich letztlich nur gesamtgesellschaftlich anpacken.

Ein Grundwiderspruch im Staatsverständnis großer Teile der alternativen Bewegungen besteht darin, daß sie einerseits dazu neigen, jegliches wirtschaftliche, soziale, selbst menschliche Problem, das sie erfahren, als „Staatsversagen“ anzuprangern, während sie gleichzeitig ein umfassendes staatliches Engagement zugunsten der Eigeninitiative kleiner Gruppen vehement zurückweisen. Auf diese Weise wird der Staat in eine Rolle gedrängt, in der alles, was er tut oder unterläßt, automatisch eine fundamentale Staatskritik bestätigt. Hält sich der Staat heraus, so versagt er. Mischt er sich ein, so bevormundet er.

Eine der Haupterfahrungen des Demokratischen Sozialismus besteht in der Erkenntnis, daß gesellschaftliche Veränderung, Freiheits-sicherung für den einzelnen und erfolversprechender Kampf gegen Macht und Privilegien nicht ohne gesamtgesellschaftliche Organisationen und Institutionen möglich ist. Diese Erfahrung verliert ihre Gültigkeit nicht, solange wir in einer komplexen Großgesellschaft leben. Wollten wir darauf verzichten, sie den nachwachsenden Generationen stets aufs neue zu vermitteln, so würden wir unserer Politik die Zukunft verbauen.

Die Alternativen, soweit sie für rationale Dialoge erreichbar sind, sollten in ihrem eigenen Interesse erkennen, daß sie ihr Verhältnis zum demokratischen Staat und zu den Großorganisationen klären müssen, wenn sie nicht ihre eigenen Zwecke aufs Spiel setzen wollen.

Wir bestehen darauf:

– Es ist auch für die Alternativen ein entscheidender Unterschied, ob Parteien regieren,

die die relative Berechtigung alternativer Projekte akzeptieren und diese fördern, oder ob Parteien Macht verwalten, die ihren Lebensraum einschnüren.

– Es ist auch für die Alternativen ein entscheidender Unterschied, ob sie mit einem demokratischen Staat kooperieren, der ihnen Hilfen zur Selbsthilfe anbietet, oder ob sie behindert und an den Rand der Gesellschaft abgedrängt werden.

– Die Ziele der Alternativen, die realisierbar und mehrheitsfähig sind, können nur dadurch erreicht werden, daß sie von mehrheitsfähigen Parteien aufgegriffen und gesamtgesellschaftlich zur Geltung gebracht werden.

Oft liegen der Abkehr von den Institutionen der repräsentativen Demokratie Einzelerfahrungen zugrunde, die verallgemeinert werden.

Die Sozialdemokratie, die sich im Godesberger Programm zur Demokratie als allgemeiner Lebensform bekennt, sollte Wege der Selbstorganisation und Selbstbestimmung nicht nur dort fördern, wo sie von ihr lizenziert worden sind und Formen der Selbstverantwortung nicht nur dann begrüßen, wenn sie von der Partei angestoßen, getragen oder beeinflußt werden. Andernfalls würde sie zwangsläufig auch das verbliebene Vertrauen ohne Rest verspielen.

– Die Sozialdemokratie ist die Partei, die Selbstorganisation als Element einer als Lebensform verstandenen Demokratie um ihrer selbst willen stützt.

– Sie kann daher zu einem Bindeglied zwischen den ansprechbaren Teilen der alternativen Bewegung und den Institutionen der repräsentativen Demokratie werden. Dies setzt

voraus, daß sie nicht um jeden Preis Ansätze gesellschaftlicher Selbstorganisation in eigene Regie übernehmen oder in die Arme der Institutionen zurückführen will.

– Auf der anderen Seite muß sie aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrung mit aktionistisch-syndikalistischen und mit rätendemokratischen Bewegungen deutlich darauf hinweisen, daß beide Demokratiekonzeptionen, welche auch die Alternativen vertreten, sofern sie das imperative Mandat und die grundsätzliche Verdächtigung aller demokratischen Parteien proklamieren und die spontane Aktion zum zentralen Mittel politischer Einflußnahme und Auseinandersetzung machen, mit der repräsentativen Demokratie unvereinbar sind und sie auch nicht ersetzen können. Beide bieten keinen Weg für die gewaltfreie Lösung von Interessenkonflikten.

– Mit der Überzeugungskraft ihrer historischen Erfahrungen muß die Sozialdemokratie der anti-institutionellen Tendenz der Alternativen entgegenwirken. Sie muß bei diesen Gruppen um die Einsicht ringen, daß eine Staatsverdrossenheit, die ohne die Institutionen der repräsentativen Demokratie auskommen will, statt auf ihre Verbesserung zu drängen und ihre Möglichkeiten zu nutzen, am Ende nur die Befürworter eines autoritären Staates stützt, die auch das Verlangen nach alternativen Lebensformen nicht respektieren.

Wir müssen die Staatsverdrossenen auch an ein unverzichtbares Gebot der Solidarität erinnern, daß nämlich auf die Dauer niemand Leistung in Anspruch nehmen kann, wenn er nicht wenigstens zu ihrer Ermöglichung einen Beitrag leistet.

Arbeiterbewegung und Sozialstaat

A. Von der „Arbeiterfrage“ zum „Sozialstaatsauftrag“ des Grundgesetzes

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Art. 20 GG). Dies ist der Verfassungsauftrag des Grundgesetzes.

Mißt man die soziale Wirklichkeit in unserer Gesellschaft an diesem grundgesetzlich verankerten Gebot, so darf das sozialpolitisch Erreichte nicht losgelöst von der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrem politischen Kampf um den Rechtsanspruch jedes einzelnen auf soziale Hilfe und Sicherung gesehen werden.

Die Verankerung des Sozialstaatsgebots im Grundgesetz und der Ausbau der sozialen Daseinsvorsorge bis heute weisen darauf hin, daß es der Arbeiterbewegung gelungen ist, diesen Anspruch als soziales Grundrecht verfassungspolitisch zu verankern und in der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland mit breiter Zustimmung durchzusetzen.

Noch Ende des 19. Jahrhunderts war staatliche Sozialpolitik gleichbedeutend mit „Arme-Leute-Politik“, bei der es darum ging, die ärmeren Schichten nicht so tief ins Elend sinken zu lassen, daß die staatliche Ordnung gefährdet war.

Sozialpolitik war vorwiegend darauf angelegt, das Lebensschicksal insbesondere der Arbeiter zu erleichtern, nicht aber grundlegend zu ändern. Erst durch den politischen Kampf der Arbeiterbewegung wuchs das gesellschaftliche Bewußtsein für die Vielfalt sozialer Benachteiligungen und Lebensrisiken und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Hilfe und Solidarität. Denn auch bei Fortentwicklung der Industriegesellschaft und Verbesserung des Lebensstandards blieben viele Gruppen der Gesellschaft

den Wechselfällen des Lebens schutzlos ausgesetzt.

Nach 1945, verstärkt nach 1966, erreichte Sozialpolitik mit einem umfassenden System sozialer Sicherung fast die ganze Bevölkerung.

Heute macht das Grundgesetz die soziale Sicherung zum Verfassungsauftrag. Indem es die künftige Gestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung offenhält, gibt es auch der gesellschaftsverändernden Zielsetzung der Arbeiterbewegung Raum.

Sozialpolitik ist damit nicht mehr nur Reaktion auf ökonomische und soziale Notlagen, sondern hat eine eigene vorausschauende Gestaltungsfunktion.

Der moderne Sozialstaat hilft, den parlamentarischen Rechtsstaat auch in Zeiten ökonomischer Krisen zu bewahren. Ohne das Engagement der Arbeiterbewegung, ohne die zähe und beharrliche Arbeit von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften wäre dieser soziale Fortschritt nicht möglich gewesen. Schritt für Schritt haben Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung wie in der Opposition, in Betriebsräten und Gewerkschaften, in Verbänden, in der Wohlfahrtspflege und in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung diese sozialpolitischen Errungenschaften miterstritten, initiiert und durchgesetzt. Nie zuvor in der deutschen Geschichte sind so viele soziale Reformen durchgeführt und bestehende Lücken der sozialen Sicherung geschlossen worden wie seit 1966, als Sozialdemokraten im Bund Regierungsverantwortung übernommen haben. Der soziale Friede in unserem Land ist das Ergebnis dieser Politik.

B. Kritik am Ausbau des Sozialstaates

Ausmaß und Formen unseres Systems sozialer Sicherung stoßen in den letzten Jahren allerdings auf wachsende Kritik. Die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung bei veränderten ökonomischen und finanziellen Rahmenbedingungen geben den grundsätzlichen Kritikern ausgebauter sozialstaatlicher Daseinsvorsorge wieder Auftrieb. Ihr Schlagwort lautet: Die „Grenzen des Sozialstaates“ seien erreicht. Und wider alle historische Erfahrung wird behauptet, daß mehr Markt und weniger gesamtgesellschaftliche Vorsorge unsere gegenwärtigen Probleme lösen könnte.

Die Arbeiterbewegung hat in ihrer Geschichte die Erfahrung gemacht, daß soziale Gerechtigkeit sich nicht als Nebenprodukt marktwirtschaftlicher Mechanismen ergibt. Deshalb steht die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die „Grenzen des Sozialstaates“ fest zum Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes und widersetzt sich entschlossen allen Versuchen, gesamtgesellschaftlich organisierte Solidarität abzubauen.

So eindeutig wir Sozialdemokraten aber Angriffe auf das Prinzip der Sozialstaatlichkeit zurückweisen müssen, so wenig verkennen wir, daß sich in den letzten Jahren im Bereich der sozialen Sicherung Fragen gestellt haben, die neue Antworten erfordern. Die bisherige wohlfahrtsstaatliche Methodik führt an manchen Stellen zu Finanzierungsproblemen, Bürokratisierung, mangelnder Flexibilität und Überprofessionalisierung.

Finanzierungsprobleme sind es vor allem, die Anlaß zu Umorientierung bieten. Selbst wenn es langfristig wieder höhere ökonomische Wachstumsraten gäbe, wären die finanziellen Probleme im Bereich der sozialen Sicherung da-

durch nicht zu beseitigen. Sie sind auch strukturell, d. h. in den Funktionszusammenhängen unseres sozialen Sicherungssystems begründet.

Dank ständig und beträchtlich steigender Aufwendungen sind zwar viele soziale Probleme gelöst worden; es sind jedoch neue und nicht weniger gewichtige entstanden. Viele soziale Leistungssysteme sind nicht effektiv genug. Es gibt sogar Anzeichen für Kontraproduktivität. Entgegen dem eigentlichen Zweck des Leistungssystems und der guten Absicht der in ihm Tätigen werden häufig mit der Beseitigung sozialer Mißstände auch neue geschaffen.

Zum Beispiel wird bei gewissen Formen des sozialen Wohnungsbaus in Ballungsgebieten Wohnungsnot behoben, aber Kommunikationsarmut mit der häufigen Folge psychischer Erkrankungen erzeugt, die Entfaltungsmöglichkeit von Kindern behindert, Kriminalität und Drogensucht gefördert.

Auch im Gesundheitswesen lassen sich Anzeichen der Kontraproduktivität aufzeigen: Vielfach sind die Behandlungsmethoden so angelegt, daß die Menschen zu Dauerpatienten werden, die bald nicht mehr in der Lage sind, sich selbst um ihre Gesundheit vorbeugend zu kümmern.

Die unzureichende Effektivität unserer sozialen Leistungssysteme hängt aber nicht nur damit zusammen. Insgesamt ist unser System der sozialen Sicherung allzu sehr auf Leistungen ausgelegt, die Schäden nachträglich kompensieren sollen und vernachlässigt – trotz mancher Verbesserungen in dieser Hinsicht – immer noch sträflich die vorbeugende Verhinderung von Not und Benachteiligung. Darüber hinaus haben sich in unseren sozialen Leistungssystemen Betrachtungsweisen festgesetzt, die an den

eigentlichen Problemen vorbei Hilfen anbieten. Dies ist augenfällig der Fall in einem Gesundheitswesen, das die sozialen Ursachen von Krankheit nicht genügend berücksichtigt und die psychischen weitgehend vernachlässigt.

Viele soziale Aufgaben – so auch in der Altenpolitik – werden vorrangig unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. So ist es nicht verwunderlich, wenn trotz rasant gestiegenem Aufwand den vielfältigen Bedürfnissen alter Menschen nicht genügend entsprochen worden ist.

Alle diese Probleme signalisieren keineswegs die Grenzen des Sozialstaates. Aber hinter den Finanzierungsproblemen liegen sehr wohl berechnete Fragen nach Struktur, Organisationsweise und Methodik der sozialen Sicherung. Sie geben uns Hinweise, in welche Richtung Neuorientierung der Sozialpolitik zu gehen hat.

Das bisherige sozialpolitische Konzept mit seinen Grundelementen

- Zusicherung individueller Rechtsansprüche auf Hilfe und Förderung,
- Erbringung sozialer Leistungen, die vor allem im nachträglichen Ausgleich für Schäden und Benachteiligungen und in der Verbesserung der Ausgangslage des einzelnen bestehen,
- Förderung wirtschaftlichen Wachstums als ökonomische Basis sozialer Leistungen,
- Finanzierung dieser Leistungen aus Steuern und Beiträgen, die je nach Wirtschaftsentwicklung in der Höhe schwanken, ist ohne Strukturveränderung in Zukunft nicht mehr tragfähig.

Unbestritten ist, daß dieses System des „Wohlfahrtsstaates“ einen gewaltigen historischen Fortschritt darstellt. Die Zusicherung von Rechtsansprüchen hat mit vielen entwürdigenden Praktiken gnädig gewährter Hilfe aufgeräumt. Sie schafft materielle Voraussetzungen für die Freiheit der materiell Schwächeren. Aber die Achillesferse dieses Konzeptes ist heute unübersehbar: Teile des Systems funktionieren nur bei relativ hohen Wachstumsraten. Wachstum dieser Größenordnung ist aber nach allem, was wir heute wissen, in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnten, nicht zu erwarten. Solange das Wachstum nicht nach Kriterien der Lebensqualität gesteuert wird und daher die sozialen Kosten laufend erhöht, ist auch von hohen Wachstumsraten keine Minderung des Problemdrucks zu erwarten. Daher ist eine teilweise Umorientierung der Sozialpolitik nötig.

Eine solche Akzentverlagerung der Sozialpolitik muß zweierlei leisten: Sie muß das Niveau der sozialen Sicherung halten oder verbessern und gleichzeitig die Kostendynamik in den Leistungssystemen bremsen.

C. Fehlsteuerungen

Die historisch gewachsenen Systeme der sozialen Sicherung, ihre rechtlichen Ausprägungen und materiellen Auswirkungen werfen auf zahlreichen Feldern Fragen auf, die neuer Antworten bedürfen. Mangelnde Effizienz bei den sozialen Dienstleistungen, z. B. im Gesundheitsbereich, führen zu unvermeidbaren Kosten und Belastungen. Ungerechtfertigte Inanspruchnahmen von Leistungen erregen Ärgernis. Nur durch Abbau bzw. Vermeidung von Fehlsteuerungen, Beseitigung von Privilegien einerseits und Benachteiligungen andererseits kann die Effizienz gesichert und die Akzeptanz der sozialen Sicherung gewahrt und zukunftsgerichtet

Entwicklungen der Weg bereitet werden. Die folgenden Hinweise sind beispielhafter Natur und keineswegs erschöpfend, markieren aber erforderliche Neuorientierungen.

– Die vielfältigen und unterschiedlichen Leistungssysteme im Bereich der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenensicherung haben zur Folge, daß gleiche soziale Tatbestände und vergleichbare Personengruppen sehr unterschiedlich behandelt werden. Nicht das jeweilige Risiko, sondern die jeweilige Schadensursache sowie Zugehörigkeit zu einem bestimmten Leistungssystem entscheiden über die Leistung und Belastung. Unterversorgung, Überversorgung und Lücken in der Sicherung sind die Folge. Hinzu kommt, daß die jeweiligen Beiträge zur Alterssicherung sehr unterschiedlich sind, insbesondere auch die Beteiligung an den zunehmenden Belastungen aufgrund der demographischen Entwicklung.

– In der Alterssicherung der öffentlichen Bediensteten führen Altersrente und die aus öffentlichen Mitteln gespeisten Zusatzversorgungssysteme in zahlreichen Fällen dazu, daß das verfügbare Einkommen im Alter höher ist als das zuletzt erzielte Nettoarbeitseinkommen und damit das Nettoarbeitseinkommen vergleichbarer Arbeitnehmer.

– Immer mehr Bürger scheiden wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus und gehen über die Zuerkennung von Erwerbsunfähigkeitsrenten vorzeitig in die Rente. Verschleißprozesse im Arbeitsleben, mangelnde Bereitstellung altersgerechter Arbeitsplätze führen zu beträchtlicher Belastung der solidarischen Sicherungsinstitutionen. Bei der Frühverrentung werden sinnvolle sozialpolitische Regelungen zu Instrumenten einzelwirtschaftlicher Anpassung mißbraucht.

– Die medizinische Forschung vernachlässigt das Gebiet der Entstehungsbedingungen und -ursachen von Krankheiten. Daher sind die Strategien der Prävention unterentwickelt.

– Das Gesundheitswesen ist so finanziert, daß kaum positive Steuerungswirkungen in Richtung eines effektiv und effizient arbeitenden Gesundheitssystems ausgelöst werden. Dies gilt u. a. für die wesentlich von der Pharmaindustrie finanzierte Forschung, für das System der Einzelleistungsvergütung der niedergelassenen Ärzte, für die Investitions- und Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser. Negative Wirkungen sind vielmehr:

Einschränkung zeitaufwendiger ärztlicher Tätigkeiten wie Hausbesuche, sorgfältiger Anamnese, eingehender Beratung bei Vorsorge und Behandlung sowie Nachsorge, ferner Überkapazitäten an technischen Einrichtungen im ambulanten und stationären Bereich.

– Das Verbleiben alter, der Betreuung bedürftiger Mitbürger in ihrer vertrauten sozialen Umgebung ist allseits akzeptiertes Ziel. Gleichwohl sind die Voraussetzungen hierzu oft noch nicht gegeben, so daß als verbleibende Alternative Pflegeheim oder Krankenhaus erforderlich sind. Es hängt nicht selten von der Einweisungsverfügung des Arztes ab, ob der Betreffende damit Sozialhilfeempfänger wird (Pflegeheimkosten höher als Rente) oder aber sein Alterseinkommen (Krankenhauskosten trägt die Krankenkasse) behalten kann. Der Mangel an ambulanten Pflegediensten führt zu einer Fehlbelegung teurer Krankenhausbetten.

– Arbeitslosigkeit ist kein individuell versicherbares Risiko, sondern ein gesamtgesellschaftlich zu tragendes und auch entsprechend zu finanzierendes Risiko. Die gewachsene Form der Arbeitslosenversicherung führt dazu, daß

das Risiko Arbeitslosigkeit nicht von allen Teilen der Bevölkerung finanziell mitgetragen wird. Das zieht groteske Widersprüche nach sich. Während der unkündbare Arbeiter oder Angestellte im öffentlichen Dienst Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leistet, ist der – z. T. in gleicher Funktion tätige – Beamte hiervon freigestellt.

– Die Möglichkeit, die Ausgleichsabgabe für nicht gestellte Arbeitsplätze für Behinderte steuerlich abzusetzen oder – wie bei öffentlichen Arbeitgebern – aus Steuermitteln zu finanzieren, birgt die Gefahr, daß nicht mit dem gebotenen Nachdruck auf die Einstellung von Behinderten hingewirkt wird.

Es verstärkt sich darüber hinaus der Trend, daß die Testierung der Schwerbehinderteneigenschaft auch aus Gründen von steuerlichen oder sonstigen Vorteilen betrieben wird. Es gibt Arbeitgeber, die Beschäftigte dazu auffordern, um die Erfüllung der Beschäftigungsquote nachweisen zu können. So werden immer mehr Mittel gebunden, die dann für die gesellschaftliche und berufliche Integration der Schwerbehinderten fehlen.

– Die steuerliche Begünstigung der nicht erwerbstätigen Ehefrau durch das Ehegattensplitting kann bei Besserverdienenden im Einzelfall so hoch sein wie das Arbeitseinkommen einer voll berufstätigen Frau.

D. Weiterentwicklung und Umorientierung der sozialen Sicherung

Der Politik der Konservativen einer grundsätzlichen Kehrtwende in der Sozialpolitik mit einem Abbau von Leistungen der Solidargemeinschaft und einer Reprivatisierung von sozialen Lebensrisiken setzen wir einerseits die

Ergänzung des sozialen Sicherungssystems durch vorbeugende Einkommens- und Gesundheitspolitik, andererseits die notwendige Weiterentwicklung und teilweise Umorientierung unseres sozialen Sicherungssystems selbst entgegen:

- durch Steigerung der Effizienz der sozialen Dienste,
- durch die Förderung freiwilliger Mitarbeit in den Leistungssystemen,
- durch wirksame neue Formen der Selbsthilfe.

Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und Umorientierung des Gesamtsystems der sozialen Sicherheit legt es nahe, den Gedanken der Subsidiarität in sinnvoller Weise aufzunehmen. Im Rahmen der für uns unverzichtbaren Gesamtverantwortung des Staates für das Recht eines jeden auf die erforderlichen sozialen Dienste und Leistungen gilt es, Probleme so weitgehend wie möglich durch Hilfe zur Selbsthilfe und damit möglichst unbürokratisch zu lösen. Das gilt für die freien Träger der sozialen Dienste und Leistungen ebenso wie für das öffentlich organisierte System der sozialen Sicherheit.

Für uns bedeutet Subsidiarität nicht den prinzipiellen Vorrang privater vor öffentlicher Hilfe; die Frage ist nicht, wer die Aufgabe leistet, sondern wie sie und wo sie zweckmäßigerweise geleistet wird. Die Ursache für Bürgerferne und mangelnde Effizienz und Flexibilität der Leistungssysteme ist nicht die öffentliche Trägerschaft; vielmehr ist eine zweckmäßige bürgernahe und flexible Organisation sozialer Leistungen auch in öffentlicher Verantwortung möglich. Im sozialdemokratischen Verständnis kann Subsidiarität keinesfalls die Einführung

oder Aufrechterhaltung schematischer Funktionssperren für die eine oder andere Trägerschaft bedeuten. Subsidiarität meint auch die Hilfe, die die größere Einheit der kleineren schuldet.

Was in kleinen Einheiten, häufig auch in Selbstorganisation der Betroffenen, in nachbarschaftlicher Hilfe oder vom einzelnen selbst geleistet werden kann, das sollten staatliche Behörden und Wohlfahrtsverbände nicht an sich reißen, sondern es vielmehr unterstützen. Gegen Tendenzen der Entmündigung im Zeichen zunehmender Professionalisierung und Verrechtlichung menschlicher und zwischenmenschlicher Lebensbezüge kommt es darauf an, durch Dezentralisierung und Selbstverwaltung mehr Selbstverantwortung zu stimulieren und zur Entfaltung zu bringen.

Dabei darf freilich niemals übersehen werden, daß noch so viele kleine soziale Netze nicht das große soziale Netz staatlicher oder durch Gesetz geordneter selbstverwalteter sozialer Sicherheit ersetzen können; sie können es wirksam entlasten und ergänzen.

Im folgenden sind einige Vorschläge für Maßnahmen dieser Art gemacht. Sie sind keineswegs erschöpfend und in ihrer Darstellung auch nicht systematisch geordnet, aber sie machen gleichwohl deutlich, was hier gemeint ist. Alle diese Maßnahmen liegen jenseits der falschen Alternativen zwischen staatlich oder privat, politischer Steuerung oder Marktregulierung. Sie versuchen, mehr Felder der sozialen Daseinsvorsorge als bisher der gesellschaftlichen Eigenhilfe und der Eigeninitiative zu öffnen. Die im folgenden genannten Maßnahmen sind oft auch auf die Unterstützung und Förderung durch die öffentlichen Hände angewiesen. Sie sollte ihnen zuteil werden, ohne ihren Charakter durch bürokratische Auflagen zu verändern.

E. Mögliche Felder für aktive Kommunalpolitik und gesellschaftliche Eigenhilfe

Es gibt vielfältige Initiativen von Bürgern, deren soziales Engagement gefördert werden sollte. Notwendig zum breiteren Gelingen von solchem Sozialengagement ist ein weitaus stärkeres Zusammenwirken von kommunalen Selbstverwaltungen und aktiven Bürgern: Zum einen sind deren Initiativen in den meisten Fällen ohne finanzielle und personelle Unterstützung der Verwaltungen zum Scheitern verurteilt – zum anderen muß gegenüber den sozialstaatlichen Instanzen eine Rechenschaftspflicht anerkannt werden. Einige Beispiele seien genannt:

Im Wohn- und Schulbereich:

- Engagement der Bürger im sozialen Wohnungsbau, bei dem die künftigen Mieter Gelegenheit zur Mitwirkung vor allem im Innenausbau haben,
- Mitwirkung bei Instandsetzung und Renovierung von Wohnungen,
- Förderung von Mieterinstandsetzungen,
- Einladung der Bewohner, bei der Gestaltung von Abenteuerplatzplätzen, Grünanlagen etc. im eigenen Wohnblock oder Wohnbereich mitzuwirken,
- selbstorganisierte Kinder- und Schülerläden, wenn kommunale Kindergärten nicht ausreichend vorhanden sind,
- Hilfe bei nachbarschaftlich organisierter Kinder- und Altenbetreuung,
- Hilfe bei Stadtteilzentren, Altentreffs, Ausländertreffs, Frauencafés,

- Hilfe in kommunalen Jugendheimen durch Jugend- und Erwachsenengruppen, die gemeinsam eingerichtet und unterhalten werden,

- aktive Beteiligung der Bewohner bei der Stadtteil- bzw. Gemeindeplanung (nach dem Prinzip der Strategien für Kreuzberg),

- Mitwirkung von Eltern bei Schulrenovierungen, in selbstorganisierten Lerngruppen (Aufgabenhilfen), stärkere Förderung von Schulträgerschaften, aktiven Elternvereinen etc.,

- offene Jugend- und Altenhilfe unter Beteiligung Freiwilliger.

Im Bereich der Arbeitslosen- und Rentenversicherung

- Förderung von Arbeitslosenselbsthilfe, insbesondere durch Unterstützung genossenschaftlicher Unternehmensformen;

- Ausbau sinnvoller (vorübergehender) Beschäftigungsmöglichkeiten gemeinnütziger Art. Natürlich können arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen dadurch nicht ersetzt werden,

- Unterstützung von Werkstätten für Rentner; Angebote von vielfältigen gemeinnützigen Tätigkeiten (z. B. Mitwirkung in der Sozialhilfe und -betreuung sowie im Umweltbereich).

Im Bereich Gesundheitswesen

- Systematische Förderung von Eigeninitiativen, Verbreitung von selbst zu erwerbenden Heil- und Pflegekenntnissen; Entwicklung von Anreizen, verschwenderische Heil-, Arzt- und Krankenhauskosten zu vermeiden,

- Förderung dezentraler, nachbarschaftlich organisierter Pflegeformen, insbesondere auch

im Rahmen einer offenen (nicht in Heimen stattfindenden) Altenhilfe,

– Ermutigung und Ermöglichung partieller Selbstversorgung für ausreichend leistungsfähige Krankenhaus- und Heimbewohner. Sie können auch in Organisation und Pflege tätig werden.

F. Vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Krankheit, Invalidität und Hilfsbedürftigkeit

– Verbesserung des Arbeitsschutzes,

– Maßnahmen zum Abbau von Streß, Unfallgefahren und anderen psychophysischen Belastungen in der Arbeitswelt,

– primärpräventive Maßnahmen gegen psychische Erkrankungen, Sozialversagen und Kriminalität durch Veränderung der Lebensbedingungen in der Wohnumwelt,

– Intensivierung des vorbeugenden Umweltschutzes und der Umweltsanierung,

– intensivierte Aufklärung über gesundheitliche Risiken, die mit falscher Ernährung, Bewegungsarmut, Rauchen, Alkohol, Drogen- und Tablettenkonsum usw. verbunden sind,

– Vermittlung eines breiten medizinischen Grundwissens durch das Bildungssystem und die Medien,

– Zurückdrängen der Profitinteressen (Pharmaindustrie, medizinischer Apparatebau) und Einkommensinteressen (Ärzte, Zahnärzte) im Gesundheitswesen, auch durch Änderung der ärztlichen Gebührenordnung,

– wirksamere Maßnahmen zur Unfallverhü-

tung im Straßenverkehr: Ausbau und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, Tempolimit auf Autobahnen und Straßen, Intensivierung der Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten usw.,

– Verlegung des Förderungsakzentes vom Spitzensport zum Breitensport,

– aktive Beschäftigungspolitik und stärkere Angleichung der Primäreinkommen.

G. Unsere Aufgabe

Bei der Fortentwicklung des Sozialstaates brauchen wir ein neues Verhältnis von staatlicher Daseinsvorsorge und Eigeninitiative, von notwendig flächendeckenden Hilfsangeboten und örtlich unterschiedlichen dezentralen Hilfen.

In der Vergangenheit stand der Ausbau der sozialen Sicherung im Vordergrund der Bemühungen. Die Sicherung der materiellen Existenz mußte Vorrang haben. Fragen der sozialen Integration, der Sicherung von Unabhängigkeit zum Beispiel älterer Menschen sind demgegenüber unbeachtet geblieben. Erst in neuerer Zeit wächst das Bewußtsein dafür, daß es nach der materiellen Absicherung jetzt um die verlorengegangenen gesellschaftlichen und familiären Bezüge und Bindungen geht. Hier ist soziale Phantasie und soziales Engagement gefragt.

Dies gilt auch für den Ausbau sozialer Dienste: einmal zur Durchsetzung einer stärker vorbeugenden Sozialpolitik und zum anderen bei der Verwirklichung von mehr Selbsthilfe und Mitwirkung der Betroffenen.

Gleichheit, Leistung, Wachstum

Gerechtigkeit und Leistung gelten als Legitimationsgrundlage der sozialstaatlichen Industriegesellschaft. Soweit der Grundwert Gerechtigkeit über die „bloße“ Rechts- und Startchancengleichheit hinauszielt und die Rechtfertigung der faktisch unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen einfordert, sollten diese sich allein daraus legitimieren, daß die Menschen unterschiedliche Leistungen erbracht haben.

Dieser Rechtfertigungszusammenhang zwischen unterschiedlichen Leistungen und unterschiedlichen Lebenslagen wird von unserer Gesellschaft heute in den Augen vieler weithin zu Unrecht in Anspruch genommen.

Veränderte Einstellungen

– Die Zahl derer wächst, die die bestehenden gesellschaftlichen Beteiligungs- und Verteilungsverhältnisse für ungerecht halten. Es stimmt nachdenklich, daß immer weniger Menschen das Empfinden haben, mit ihren Leistungen ihres eigenen Glückes Schmied zu sein, und immer mehr Menschen meinen, andere Faktoren seien für das Fortkommen nachhaltiger bestimmend als die eigene persönliche Leistung.

– Insoweit noch die Überzeugung vorherrscht, in der „Leistungsgesellschaft“ bestimmten Erfolge und Fähigkeiten – letztlich also Produktivität und Mobilität – den sozialen Status, spüren doch immer mehr Menschen, daß sich dies allzu einseitig auf wirtschaftliche Leistungen bezieht, die überbewertet werden, wohingegen soziale, aber auch künstlerische und wissenschaftliche Fähigkeiten kaum sozialen Status begründen – sofern sie sich nicht außerdem „gut verkaufen“. Wirtschaftlich meßbare Quantitäten dominieren über produktive

Beiträge zur Verbesserung des sozialen Zusammenlebens. Aber auch die Maßstäbe für die Bewertung wirtschaftlicher Leistungen scheinen im Dunkeln zu liegen. Damit aber wird vielen der Zusammenhang zwischen individuellem Fortkommen und gesellschaftlichem Wohlergehen unklar.

– Seit längerem stellen Beobachter fest, daß insbesondere in der jüngeren Generation das traditionelle Arbeitsethos und die forcierte Leistungsmotivation, Karriereorientierung und Statusstreben an Prägestärke verlieren. Berufliche Leistung büßt in der Wertschätzung vieler Menschen ihren alten Rang ein.

– Gleichzeitig wächst das Verlangen nach Mitsprache in der Arbeitswelt, nach humaneren Arbeitsbedingungen und nach sinnvoller Tätigkeit auch um den Preis des Verzichts auf höheres Einkommen.

– Die Forderung nach „mehr Gleichheit“ hat so von verschiedenen Erfahrungen und Denkansätzen her neue Geltung gewonnen – heute stimmen ihr mehr Menschen zu als noch vor zehn Jahren. Innerhalb der Bewegung des Demokratischen Sozialismus, in der wissenschaftlichen Diskussion und in der Alternativbewegung wird ihr wachsende Aufmerksamkeit zuteil.

Für viele waren bestehende Ungleichheiten und ein fragwürdiges Leistungsverständnis so lange kein Anlaß zu Gegenwehr, als sie hoffen konnten, durch fortgesetzte Einkommenszuwächse wenigstens morgen oder übermorgen zu erlangen, worüber die Bessergestellten schon heute verfügen. Rasches und ununterbrochenes Wirtschaftswachstum galt als Ersatz für Gleichheit, weil es mit der Zeit schon allen alles verschaffen würde. Dabei aber wurde lange übersehen, im Laufe der Zeit jedoch immer offen-

kundiger, daß dies noch nicht einmal für den Bereich des materiellen Konsums und Besitzes, geschweige denn für die anderen Lebensbereiche einzulösen war: Die Vorstellung, der Luxus von heute sei der allgemeine Konsum von morgen, war und ist der Motor eines Wirtschaftssystems, das nur dann aus sich selbst heraus immer wieder die nötige Schubkraft gewinnt, wenn zugleich mit allgemeiner Bedürfnisbefriedigung auf einem bestimmten Konsumniveau neue Ungleichheit in anderen Bereichen entsteht.

In gewissem Maße hat auch die Sozialdemokratie die Tendenz nachvollzogen, die Gleichheitsforderung von den gegebenen Verhältnissen auf künftige Wachstumssegnungen abzulenken – in der praktischen Politik mehr als in ihrem programmatischen Selbstverständnis, das die Verengung des alledem zugrunde liegenden Fortschrittsbegriffs nie ganz übersehen hat. Unter dem Motto „Unsere Kinder sollen's besser haben“ waren Ungezählte bereit, die Überwindung gegenwärtiger Ungleichheit als zweitrangig anzusehen gegenüber dem Bemühen, allen alles durch Wirtschaftswachstum in der Zukunft zu verschaffen. Heute erkennen immer mehr Menschen, daß die bloße Fortsetzung solcher Lebensentwürfe und Lebensweisen keineswegs Zustände heraufzuführen wird, in denen es unsere Kinder besser haben werden.

In dem Maße, in dem die Wachstumshoffnungen zweifelhaft und fragwürdig geworden sind, ist die Frage nach der Gleichheit und nach einem humanen Leistungsverständnis neu gestellt. Der Kern der Ökologiebewegung, Teile der jüngeren Generation, wichtige Kräfte des Demokratischen Sozialismus treffen sich heute in dieser Einschätzung; sollten sie zu einem neuen sozialen Bündnis zusammenfinden können, eröffnete sich die reale Chance, den geforderten Wandel möglich zu machen. Die Motiva-

tion vieler Kritischgesinnter zur engagierten Mitarbeit in unserer Gesellschaft werden wir nur erhalten – in vielen Fällen erst wiedergewinnen – können, wenn wir bestehende nicht zu rechtfertigende Ungleichheiten nicht länger hinnehmen und nicht weiterhin Leistungen ungeprüft verlangen, die von vielen als fragwürdig empfunden werden.

Strukturelle Probleme

Mehr Gleichheit wird aber auch gefordert aus Gründen, die in der industriellen Wohlfahrtsgesellschaft selbst liegen:

Wirtschaftswachstum

– Die spürbar werdende Verknappung von Energie- und anderen Rohstoffen sowie der „Ressource Umwelt“ zieht dem Wirtschaftswachstum engere Grenzen, die zugleich auch die Grenzen der Erwartung markieren, aus dem Zuwachs an materiellem Wohlstand werde morgen oder übermorgen eine Gesellschaft der Gleichen oder wenigstens der Gleichenen zu verwirklichen sein.

– Bei unveränderten Verteilungsrelationen verschärfen sich die bestehenden Ungleichheiten sogar dann weiter, wenn reales Wachstum weiterhin erzielbar wäre.

– Dem ließe sich nur gegensteuern, wenn durch eine auf mehr Gleichheit der Verteilung gerichtete Einkommens- und Sozialpolitik dafür gesorgt würde, daß die Nachfragepotentiale derjenigen systematisch erschlossen werden, die bei den bestehenden Verteilungsrelationen zu kurz kommen und die erst ein gutes Stück mehr Lebensstandard brauchen, ehe die anderen Fragen der Lebensqualität für sie vorrangig werden.

– Soweit die Masseneinkommen sich heben, vermindert sich der individuelle Befriedigungswert dadurch, daß der Zugang zu bestimmten Gütern und Diensten schwieriger wird.

Wenn die Massen sich leisten können, was die Bessergestellten längst hatten, ist es nicht mehr das, was sie eigentlich wollen. Die Angleichung der Chancen individueller Bedürfnisbefriedigung führt dazu, daß sich die Menschen gegenseitig hindern, ihre Ziele so zu erreichen, wie die Bessergestellten, die vor ihnen da waren, sie tatsächlich noch erreichen konnten. Auf diesem Wege ist ein höheres Maß an Gleichheit nicht zu erreichen.

Bildungssystem und Arbeitsmarkt

Wesentliche Probleme des heutigen Bildungssystems und des Arbeitsmarktes resultieren daraus, daß schon im Ausbildungsgang über enorme Ungleichheiten in den späteren Entfaltungschancen und Lebenslagen entschieden wird. Die Spannweite zwischen den Lebenschancen manuell ausgeübter und akademischer Berufe ist so gewaltig, daß viele allein deswegen und weniger aus Neigung in jene Ausbildungsgänge drängen oder gedrängt werden, die Zugang zu den oberen Einkommensklassen verheißen. Das künftig noch anwachsende Überangebot an akademisch Ausgebildeten wird gewiß in manchen Bereichen überzogene Einkommensunterschiede einebnen; eine gewollte und bewußte Steuerung dieser Tendenz könnte jedoch beizeiten dazu führen, daß bei der Berufswahl die Neigung entscheidet und späterer Berufswechsel nicht als individuelle Katastrophe empfunden wird.

Damit soll nicht der Eigenwert von Bildung oder das Ziel der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus in Frage gestellt werden. Wir

wollen auch nicht gesellschaftliche Privilegien durch die Reservierung bestimmter Bildungsgänge für die privilegierten Schichten sichern. In Frage stellen wir freilich jene Nachfrage nach schulischer Bildung, die nicht zustande käme, wenn nicht Zertifikate über abgeschlossene Bildungsgänge wie Bezugsscheine für ein lebenslang höheres Einkommen verwertet werden könnten.

Einkommensstruktur

Heute gilt die Faustregel: je höher die Einkommen, desto größer die innere Arbeitsbefriedigung in den verschiedenen Berufen. Besonders hohe Befriedigung in der Arbeit – breites, interessantes Aufgabengebiet – wird in aller Regel durch besonders hohe Einkommen ergänzt, während die Tätigkeiten, die mit Langeweile oder starker physischer Belastung verbunden sind, gering entlohnt werden. Abgesehen von der Zumutung, die in diesem Häufungseffekt liegt, stellt sich die Frage, ob mit einem solchen Bewertungssystem in Zukunft für alle Berufstätigkeiten ein ausreichendes Interesse zu mobilisieren sein wird. Je höher das allgemeine Lebensniveau ist, desto weniger wird dies der Fall sein – es sei denn, die Lücken würden weiterhin mit Ausländern für die schmutzigen Arbeiten geschlossen. Hier schlagen nicht die tatsächlichen Knappheitsrelationen durch. – Hier entscheidet nicht der Markt, sondern es entscheiden die Privilegien. Bei alledem übersehen wir nicht, daß auch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und Risiko ein relativ knappes Gut ist.

Verteilungskampf

Auch dort, wo Märkte noch funktionieren, können ihre Ergebnisse nicht allein als Maßstab von Gerechtigkeit dienen, auch wenn sie einen wichtigen Hinweis auf die gesellschaftliche

Nützlichkeit einzelner Leistungen enthalten. Seit langem werden in immer mehr Bereichen Marktstrukturen durch Verhandlungsstrukturen ersetzt. Dies gilt für die Tarifaueinandersetzungen ebenso wie für das Zustandekommen der Kasernenarzteinkommen und die interne Differenzierung der Lohn- und Gehaltstabellen. In all diesen Bereichen bedarf es einer an der Realisierung gleicher Lebenschancen orientierten Vorstellung von Gerechtigkeit, die den Verhandlungen als regulative Idee zugrunde liegt. Sie kann nicht nur die Verteilungskämpfe begrenzen, sondern auch die Leistungsmotivation verbessern.

Sozialstaat

Die Finanzierungsschwierigkeiten im System unserer sozialen Sicherung sind in hohem Maße die Folge ungleicher Verteilung der Primäreinkommen. Die Zahl der Menschen, die gezielter sozialstaatlicher Hilfen bedürfen – bis hin zur Ergänzung zu niedriger Arbeitseinkommen oder Renteneinkommen durch Sozialhilfe – ist beständig gewachsen. Sicher hat dies auch damit zu tun, daß im allgemeinen Bewußtsein von einem immer höheren Niveau der Mindestausstattung eines menschenwürdigen Lebens ausgegangen wird. Die finanziellen und personellen Aufwendungen zur Sicherung eines Mindestniveaus könnten jedoch nur dann spürbar reduziert werden, wenn durch stärkere Angleichung der Primäreinkommen die Zahl der Unterstützungsbedürftigen vermindert würde. Vermutlich würde eine solche Angleichung die Identifikation des einzelnen mit seiner Arbeit und damit seine Leistungsbereitschaft wachsen lassen. So sehr das Bewußtsein des einzelnen, einen Rechtsanspruch auf soziale Sicherheit und Sicherung zu haben, auch sein Freiheitsbewußtsein stärken mag, so ist doch das Gefühl, trotz eigener – vergangener oder gegenwärtiger – Arbeitsleistung sozialer Hilfen zu bedürfen, für viele demütigend.

Internationale Solidarität und Zusammenarbeit

Die Bereitschaft innerhalb der Industriegesellschaften, den Ärmsten in der Dritten Welt ausreichend Überlebenshilfe und Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren, bleibt hinter den Notwendigkeiten weit zurück, solange große Gruppen in den Industriegesellschaften spüren, daß sie – verglichen mit anderen – selbst noch großen Nachholbedarf haben. Je mehr der einzelne bei uns sich übervorteilt fühlt, desto geringer wird seine Bereitschaft sein, einer Umverteilung materieller Güter zugunsten der Ärmsten dieser Welt zuzustimmen und dazu beizutragen.

Für eine Neubestimmung von Gleichheit und Leistung

So gibt es heute ein gesteigertes Verlangen nach mehr Gleichheit und es gibt gesellschaftliche Strukturprobleme, deren Lösung mehr Gleichheit gebietet. Aber gibt es auch ein praktikables Verständnis von Gleichheit? Gibt es einen humanen Leistungsbegriff? Im wesentlichen herrschen noch immer die alten Unsicherheiten und Vorurteile, die den Begriff der Gleichheit von Anfang an belastet haben. Der Leistungsbegriff blieb bislang ziemlich unbestimmt. Wir brauchen somit eine neue Anstrengung, um die Forderung nach mehr Gleichheit handhabbar und den Leistungsbegriff einsichtig und akzeptabel zu machen.

Der Demokratische Sozialismus hat die ursprünglich allein auf Rechtsgleichheit gerichtete Vorstellung des Liberalismus zu einem sozial erfüllten Gleichheitsverständnis weiterentwickelt:

„Gerechtigkeit verwirklicht die Freiheit des einzelnen, indem sie ihm gleiche Rechte und

gleichwertige Lebenschancen eröffnet. Freiheit bedeutet das Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten und die Möglichkeit, die eigene Persönlichkeit in den Grenzen, die durch die Forderungen der Gerechtigkeit und der Solidarität gezogen sind, frei zu entfalten. Freiheit ist jedoch nur dann gesellschaftliche Wirklichkeit und nicht bloß Illusion oder Vorrecht für wenige, wenn alle Menschen die tatsächliche (wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle) Möglichkeit der freien Entfaltung besitzen.“ (OR '85, Tz 1.2)

Für den Demokratischen Sozialismus ist Gleichheit sozusagen das Ausrufezeichen hinter der Allgemeingültigkeit der Forderung nach Freiheit:

Freiheit muß universal gelten. Im Sinne der Grundwerte des Demokratischen Sozialismus – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – kann Freiheit nur als die gleiche Freiheit aller verstanden werden; Freiheit als Privileg weniger, um die Dimensionen der Gerechtigkeit und der Solidarität verkürzt, wäre Willkür. Unbegrenzte Freiheit geht immer zu Lasten der Freiheit anderer und verstößt daher gegen die Gleichheit. Vollständige Sicherung der Gleichheit wäre nur unter Bedingungen praktisch möglich, die individuelle Freiheit unzumutbar einschränken. Aber mit ihrer Parole „Freiheit gegen Gleichheit“ verteidigen die Konservativen nicht die allgemeine Freiheit, sondern die Privilegien weniger.

Godesberger Programm und OR '85 bestimmen den Grundwert Gerechtigkeit als gleiche Freiheit. Damit wird die ursprüngliche Forderung der sozialistischen Arbeiterbewegung nach „Gleichheit in Freiheit“ begründet und untermauert.

Die gleiche Freiheit aller muß immer wieder neu gesucht werden; Nicht zuletzt deshalb

charakterisiert das Godesberger Programm den Demokratischen Sozialismus als dauernde Aufgabe.

Eine geschlossene Theorie der Gerechtigkeit, die Gleichheit ein für allemal bestimmt, ist nicht nur unmöglich – sie wäre auch gar nicht wünschenswert; wenn der Grundwert Gerechtigkeit jedoch seine Rolle als Maßstab und Legitimation nicht einbüßen soll, so ist eine klarere und bewußtere Durchdringung des Zusammenhangs von Gerechtigkeit, Gleichheit und Leistung nötig – dies insbesondere unter den Bedingungen einer Wirtschaftsgesellschaft, die sich des materiellen Immermehr nicht mehr gewiß sein kann. Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Dialog über den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit, Gleichheit und Leistung, den wir wollen. In diesem Dialog wird zu klären sein, welche Güter zur Verteilung stehen: Bildung und Ausbildung, Arbeitseinkommen, Arbeitsbefriedigung, die dadurch ermöglichten Lebenschancen. Die Verteilungsmaßstäbe für die unterschiedlichen Güter sind durchaus unterschiedlich, vielleicht sind sie nie ganz angemessen. Aber wir bleiben dabei, daß die gleiche Würde dem Menschen substantiell eigen und vor der gleichen Würde des Menschen jede Ungleichheit im Lebensvollzug akzidentell und rechenschaftspflichtig ist.

Der Dialog sollte bei der Bestimmung dessen beginnen, was heute als Leistung besonderen gesellschaftlichen Status begründet, und in welcher Weise der Leistungsbegriff geläutert werden müßte, damit die dadurch legitimierte Zuweisung von Lebenschancen humanem Fortschritt dienlich wäre. Was soll als gesellschaftlich wertvolle Leistung gelten, wie kann sie von anderen unterschieden, willkürfrei gemessen und bewertet werden?

Heute werden überwiegend Ausbildungsvoraussetzungen und Durchsetzungsfähigkeit

prämiiert. Leistungen und Fähigkeiten, die für das Zusammenleben der Menschen und für die Gestaltung der Zukunft so unersetzlich sind wie „Phantasie, Originalität, gesellschaftliches und politisches Verantwortungsgefühl, Kooperationsfähigkeit, moralische und soziale Empfindsamkeit“ (OR '85), setzen sich hingegen kaum in soziale Anerkennung und gesellschaftlichen Rang um.

Aber auch die materiellen Leistungen, die der einzelne für die Entwicklung der Gesellschaft erbringt, stehen überwiegend nicht in einem einsichtigen Zusammenhang mit der Stufenleiter der individuellen Entlohnung.

Setzt individuelle Freiheit Rangunterschiede und Unterschiede der Einkommen und Lebenslagen tatsächlich voraus, wie die Konservativen und manche Liberale behaupten?

Freie Selbstbestimmung ist auch bei gleichem Einkommen und auf einem angeglichenen Niveau der Lebenslagen möglich, solange es Sache des einzelnen bleibt, über die Verwendung seines Einkommens und die Gestaltung seines Lebens selbst zu bestimmen. (Daß aus unterschiedlichen Einkommensverwendungen und unterschiedlichen Lebensgestaltungen ungleiche Ergebnisse resultieren und damit ungleiche Startbasen für die nächste Leistung, wird dabei nicht übersehen.) Sind Regierungsräte oder Studienräte unfrei, weil sie gleichen Vergütungsgruppen angehören? Die Schichtung von Einkommen und Lebenslagen muß schon mit anderen Argumenten gestützt werden können als dem, individuelle Freiheit sei bei gleichen Einkommen und Lebenslagen nicht möglich.

Die Abstufung der individuellen Lebenschancen muß mit dem Anspruch gleicher Freiheit in Einklang stehen. Dies setzt voraus, daß

– Ungleichheiten der Lebenschancen enge Grenzen gezogen bleiben;

– die weniger Begünstigten selber ein Interesse an den als gerecht geltenden Ungleichheiten haben können insofern sie – wie auch die darauf begründeten Hierarchien – funktional erforderlich sind, um ihnen, den weniger Begünstigten, selbst größere Freiheitschancen zu eröffnen;

– alle die gleichberechtigte Chance haben, nach Maßgabe ihrer Interessen an der Bestimmung des jeweiligen Verteilungsprinzips mitzuwirken.

Ins Positive gewendet ergeben sich daraus folgende Leitlinien zur Bestimmung der Maßstäbe für Differenzierungen, die den Grundsatz gleicher Lebenschancen sinnvoll mit einem sozial erfüllten Leistungsbegriff verbinden:

– Jeder soll in den Genuß des größten Maßes von Freiheiten kommen, das für alle möglich ist;

– Differenzierungen der Lebenslagen sind nur dann gerecht, wenn durch sie auch den am schlechtesten Gestellten größere Freiheitschancen erwachsen als ohne sie. Nur dann liegen sie im Interesse aller;

– diese Maßstäbe können nur gelten, wenn ihnen alle Betroffenen in gleichberechtigter Entscheidung zustimmen können. (Rawls)

Gesellschaftliche Differenzierung muß somit funktional auf Freiheit bezogen sein. Damit ist auch die Art der Leistung bestimmt, die bei der Verteilung prämiert werden soll: Beiträge des einzelnen zur Erhaltung und Hebung des gesellschaftlichen Lebensniveaus. Die Bewertung solcher Leistungen ist ebenso wie die Be-

stimmung des gesellschaftlichen Vorteils Sache aller Betroffenen. Die Aufgaben, die sich stellen und die Anstrengungen und Talente, die sie erfordern, ändern sich laufend. Es bedarf daher stets aufs neue einer aufgabenorientierten Bewertung anerkannter sozialer Leistungen. Auch solche Anstrengungen können als Leistungen gelten, die eine Verbesserung des sozialen Klimas, humanere Arbeitsbedingungen und Hilfen für die Selbstentfaltung aller in den Bereichen der Wirtschaft, der Politik, der Kultur und des menschlichen Zusammenlebens schaffen helfen. Leistung wird so auf Lebensqualität bezogen. Ungleichheiten bleiben gerechtfertigt, soweit und solange sie auf die übergeordnete Idee der Gleichheit bezogen bleiben: Alle sollen von der Differenzierung profitieren und alle sollen in gleicher Weise berechtigt sein, darüber zu entscheiden. Dadurch ist zugleich die Bandbreite möglicher Ungleichheiten begrenzt.

Das gleiche läßt sich auch sagen, indem man den Grundwert der Gerechtigkeit ausfaltet in die Zuteilungsprinzipien der Billigkeit (nach erwiesenen Leistungsunterschieden), der Bedürftigkeit und der Gleichheit. Jedes dieser Zuteilungsprinzipien fußt auf einem elementaren Gerechtigkeitsempfinden. Sie genießen in unterschiedlichen Lebensbereichen unterschiedliche Priorität. Jedes dieser Prinzipien ist durch die beiden anderen begrenzt. Dabei gilt es,

– die Zuteilung nach dem Prinzip der Bedürftigkeit durch eine der Bedürftigkeit vorbeugende Politik zurückzudrängen und dort, wo dies nicht möglich ist, das Sockelniveau der Existenzsicherung so weit anzuheben, wie dies ohne Schaden für das Gemeinwohl möglich ist,

– dem Zuteilungsprinzip der Gleichheit Geltung zu verschaffen, wo immer die Prinzipien der Billigkeit und der Bedürftigkeit ohne

Schaden für das Gemeinwohl zurückgedrängt werden können,

– das Prinzip der Billigkeit dort, wo es zu den besseren Ergebnissen führt, nach den oben aufgestellten Regeln anzuwenden.

In diesem Zusammenhang spielt die Demokratisierung der Verfügung über Investivkapital eine besondere Rolle, auch in der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Eine Neubelebung des Genossenschaftsgedankens könnte hilfreich sein.

Bei alledem wird nicht von der Möglichkeit einer ein für allemal vorgegebenen Idee von Gerechtigkeit, nicht von „absoluter Gerechtigkeit“ oder gar „absoluter Gleichheit“ ausgegangen. In der Trias der Grundwerte des demokratischen Sozialismus ist Gerechtigkeit durch die Werte der Freiheit und der Solidarität bedingt und begrenzt. Gefordert ist das jeweils erreichbare komparativische „bißchen Mehr“ an Gerechtigkeit, die ihre Substanz in der Gleichheit hat. Diese Vorstellung von Gerechtigkeit vermittelt drei Arten von Einsichten:

Aufklärung: Sie zeigt uns den Sinn (oder Unsinn), die Grenzen und die Geltungsweise gesellschaftlicher Ungleichheiten.

Veränderbarkeit: Gesellschaftliche Differenzierung – im Unterschied zur Gleichheitsforderung – ist geschichtlich wandelbar. Welche Prämierung für den einzelnen zu besonderer Leistung motiviert, hängt ab vom erreichten gesellschaftlichen Lebensniveau, vom sozialen Bewußtsein und von bewußter politischer Gestaltung.

Regulative Idee: Sie gibt inhaltliche Kriterien für das Wechselverhältnis von Gleichheit und Differenzierung.

Die Selbsterziehung der Gleichen zur Gleichheit

Das Streben nach „mehr Gleichheit“ wird letztlich nur in dem Maße vorankommen, in dem die Förderung nach mehr Gleichheit auch als sittliche Leistung des einzelnen empfunden und gewollt wird.

– Wo Leistungsmotivation vollständig oder allzu weitgehend von materiellen Anreizen abhängt (in Wirklichkeit hängt sie immer auch ab von Normen, die der Mensch in seinem individuellen Erziehungs- und Sozialisationsprozeß verinnerlicht hat), ist wohl zu Recht von einem Defizit an sittlicher Werthaltung zu sprechen; Talent und Begabung sind sozialpflichtig; etwas zu leisten ermöglicht Selbstverwirklichung und „macht Spaß“; die Freude an der eigenen Leistung muß gegenüber der materiellen Abgeltung um so mehr ins Bewußtsein gehoben und in den praktischen Verteilungsvorgängen um so mehr zur Geltung gebracht werden, je höher der Lebensstandard des betreffenden Leistungserbringers schon ist.

– Leistungswille, der sich am Verteilungsprinzip der Billigkeit entzündet, ist oftmals an aufgeschwätzten Bedürfnissen orientiert und damit fehlorientiert (gesellschaftlicher Druck zur Konsumsteigerung im Prestigewettbewerb).

– Verzicht kann und wird regelmäßig der Preis für die Verwirklichung der je höherrangigen Stufe der Freiheit sein. Ohne Verzicht – Nicht-Wahrung der vollen eigenen Zuteilungschance – würden zudem die Lebenschancen weder aller Mitmenschen noch die der kommenden Generation zu sichern sein.

Den Dialog beginnen!

Nehmen wir den Dialog über Gleichheit und Leistung auf! Er wird viele der heute bestehenden Ungleichheiten ihrer fragwürdigen Legitimation entkleiden und häufig Macht zutage fördern, wo Markt vorgegeben wird.

Es gibt heute Bereiche, wo wir über unzumutbare Ungleichheiten leicht Übereinstimmung erzielen können:

– Das enorme Gefälle im Durchschnittseinkommen zwischen Facharbeitern und der Mehrheit der Freiberufler.

– Die enormen Einkommensunterschiede zwischen Klein- und Großbetrieben innerhalb der Landwirtschaft.

– Die weit überdurchschnittlichen Einkommen aus Kapitalbesitz ohne angemessene Teilhabe derer, durch deren Arbeit sie ermöglicht werden.

– Die erheblichen Einkommensunterschiede durch ein überzogenes Anciennitätsprinzip.

– Die überbetonte Differenzierung der Gehaltsgruppen in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst.

– Die erheblichen Differenzen zwischen angestellten und freiberuflich tätigen Akademikern.

– Die ständige Zunahme der Ungleichheit durch das System der proportionalen Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Der Dialog kann für die verbleibenden Ungleichheiten sinnlich – und wirksam! – Gründe liefern und so sozialen Neid entgegen-

genwirken. Das Prinzip gleicher Lebenschancen wirkt als begrenzender Rahmen. Eine einseitige Legitimation für die gesellschaftliche Verteilung von Lebenslagen kann die Motivation des einzelnen, seinen Leistungsbeitrag für die Entwicklung der Gesellschaft zu erbringen, erhalten und verbessern.

Allein schon die Erhaltung unseres gegenwärtigen Lebensniveaus wird erhebliche gesellschaftliche Anstrengungen erfordern. Wir werden ohne Leistungsbereitschaft nicht auskommen. Ein einsichtiger Zusammenhang von Leistung und Einkommen bzw. Lebenslagen fördert die Leistungsbereitschaft.

Der gesellschaftliche Dialog über Leistung und Gleichheit eignet sich in besonderer Weise, das gestörte Gespräch zwischen junger Generation, ökologischer Bewegung und Demokratischem Sozialismus neu zu beleben: Jede dieser Gruppen nimmt an diesem Thema auf ihre Weise Anteil. Die Erwartung ist nicht unbegründet, daß eine Einigung und Verständigung zwischen ihnen ein tragfähiges soziales Bündnis in wichtigen gesellschaftlichen Fragen stiften könnte.

Herausgeber: Vorstand der SPD,
Abt. Presse und Information, Bonn, Bestell-Nr. 340 100
Druck: Druckhaus Deutz, Niederlassung Bonn
2 - 82 - A 1 - 10

Inhalt

Grundimpulse der
sozialistischen Arbeiterbewegung

4

Grundimpulse im Bewußtseinswandel
der siebziger und achtziger Jahre

10

Wandel im
zwischenmenschlichen Verhältnis

17

Zum Wandel des Verhältnisses
Mensch-Natur

22

Neue Grundimpulse
für eine menschlichere
Arbeits- und Wirtschaftsordnung

25

Wandel der Einstellungen
im Verhältnis zu Staat,
Demokratie und Institutionen

35

Arbeiterbewegung
und Sozialstaat

39

Gleichheit,
Leistung, Wachstum

47

„Will die Arbeiterbewegung nicht Schritt für Schritt, wider Willen, in die konservative Situation einer lernunfähigen, primär sich selbst erhaltenden Sozialbürokratie geraten, so muß sie den neuen Problemen und Grundimpulsen der siebziger und achtziger Jahre, soweit sie ernst zu nehmen sind, verstärkte Aufmerksamkeit schenken.“

„Zweifellos bleibt für die große Mehrheit der Menschen auch weiterhin die Sicherung eines Arbeitsplatzes mit Abstand die wichtigste Aufgabe staatlicher und gewerkschaftlicher Politik. Es beginnt sich aber seit einigen Jahren die Einsicht durchzusetzen, daß eine die ökologischen und sozialen Folgen außer acht lassende Wachstumsförderung, wie sie lange betrieben wurde, Vollbeschäftigung nicht wird herstellen können. In dem Maße, in dem es gelingt, die Arbeitslosigkeit durch systematische Verkürzung der Arbeitszeit zu verringern, läßt der Zwang zum Wachstum um jeden Preis nach.“

„Freiheit muß universal gelten. Im Sinne der Grundwerte des Demokratischen Sozialismus – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – kann Freiheit nur als die gleiche Freiheit aller verstanden werden; Freiheit als Privileg weniger, um die Dimensionen der Gerechtigkeit und der Solidarität verkürzt, wäre Willkür.“

„Die Sozialdemokratie, die sich im Godesberger Programm zur Demokratie als allgemeiner Lebensform bekennt, sollte Wege der Selbstorganisation und Selbstbestimmung nicht nur dort fördern, wo sie von ihr lizenziert worden sind und Formen der Selbstverantwortung nicht nur dann begrüßen, wenn sie von der Partei angestoßen, getragen oder beeinflusst werden. Andernfalls würde sie zwangsläufig auch das verbliebene Vertrauen ohne Rest verspielen.“

„Auch wir müssen uns heute fragen, ob eine Fortsetzung des Weges der Industriegesellschaft ohne entscheidende Korrekturen noch zu den humane Zielen führen kann, um deretwillen wir ihn eingeschlagen haben. In einigen Bereichen wird schon heute deutlich, daß wir humanen Fortschritt in Zukunft nur dann werden erzielen können, wenn die Richtung der technisch-ökonomischen Entwicklung geändert wird. Freilich wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, den Weg der Industriegesellschaft insgesamt als einen Fehler der neuzeitlichen Entwicklung zu beklagen und einen romantischen Rückfall in die angebliche Idylle vorindustrieller Zeiten zu propagieren.“

„Ein Grundwiderspruch im Staatsverständnis großer Teile der alternativen Bewegungen besteht darin, daß sie einerseits dazu neigen, jegliches wirtschaftliche, soziale, selbst menschliche Problem, das sie erfahren, als ‚Staatsversagen‘ anzuprangern, während sie gleichzeitig ein umfassendes staatliches Engagement zugunsten der Eigeninitiative kleiner Gruppen vehement zurückweisen. Auf diese Weise wird der Staat in eine Rolle gedrängt, in der alles, was er tut oder unterläßt, automatisch eine fundamentale Staatskritik bestätigt. Hält sich der Staat heraus, so versagt er. Mischt er sich ein, so bevormundet er.“

„In dem Maße, in dem die Wachstumshoffnungen zweifelhaft und fragwürdig geworden sind, ist die Frage nach der Gleichheit und nach einem humanen Leistungsverständnis neu gestellt. Der Kern der Ökologiebewegung, Teile der jüngeren Generation, wichtige Kräfte des Demokratischen Sozialismus treffen sich heute in dieser Einschätzung; sollten sie zu einem neuen sozialen Bündnis zusammenfinden können, eröffnete sich die reale Chance, den geforderten Wandel möglich zu machen.“

„Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Dialog über den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit, Gleichheit und Leistung, den wir wollen.“

SPD